

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 19. Oktober 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Grundzüge zu einer Geschichte der deutschen Gewerkschaften. II. — Die Frachtermäßigung für Steinprodukte. — Kunststein und Naturstein in Baden. — Agitation unter den Berliner Granitarbeitern. — 8. christlicher Gewerkschaftskongress. I. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Aus der Steinindustrie. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Schlechte Tarifführung bei der Firma Schilling. — Die Schädigung der Nation durch Streiks. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Zum preussischen Wahlrechtskampf. — Literarisches. — Feuilleton: Tunnelbau für Gebirgsbahnen. I.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Niedermendig: Deutsche Steinwerke. — Wellerode: Firma Sieke & Comp. — Nördlingen: Trachtwerk Better. — Hasserode u. Sandtal: Granitwerke Steinerne Renne. — Mühlhausen (Erf.): Werkplatz Bröcker. — Saarbrücken (Rhlb.): Fa. Schmuder. — Wolfshagen: Pflastersteinbetrieb von Gideon.

Schweiz. Laufen ist zu meiden.
Oesterreich. Gesperrt sind: Reichenberg, Gablonz, Triest, Marbach, Budapest, Gyor, Georgswalde (Böhmen).

Grundzüge zu einer Geschichte der deutschen Gewerkschaften.

II.
Nachdruck verboten.

Der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mächtig aufstrebende Kapitalismus fand eine völlig rechtlose und gestohlene Arbeiterschaft vor. Die letzten Ausläufer der Gesellschaften waren längst, dem grauenhaften Druck der Polizeigewalt gehorchend, zu harmlosen Unterstützungsvereinen geworden, die wohl die Erinnerungen an die einstige bessere Zeit in Zeichen und Gebräuchen pflegen konnten, die der Zauber des Geheimnisvollen umwoh, im wirklichen Tatsachenleben aber als unbeteiligte Zuschauer den Dingen ihren Lauf lassen mußten. Die vereinzelt erfolgenden Ausbrüche der Verzweiflung (Weberkrawalle usw.) hatten mit diesen Organisationen keinen Zusammenhang.

Aber nun hatten sich die Verhältnisse doch allzu sehr geändert, als daß man diesen Zustand noch länger aufrecht erhalten konnte. Die Großindustrie war besonders in Westdeutschland kräftig emporgeschossen. Durch keine Gesetze in seiner Ausbeutungswut gezügelt, hatte der Kapitalismus den Arbeitern ein Joch aufgelegt, das schließlich die ganze Nation zu Boden drücken mußte. Die Kinder- und Frauenarbeit war in großem Umfange eingeführt worden. Die Arbeitszeit war bis auf 14 und 16 Stunden gesteigert. Die im Dienste der Großindustrie stehende Arbeiterschaft befand sich in einem Zustande körperlicher und sittlicher Verkommenheit, der zum Himmel schrie. Selbst konservative Männer bekannten, daß es so nicht weitergehen dürfe, wenn nicht die Kraft des ganzen Volkes gebrochen werden sollte. Der dritte Napoleon, der sich durch üble demagogische Künste den französischen Kaiserthron erobert hatte, erkannte die schwere Gefahr, die seiner Herrschaft drohte, wenn er nicht dem gärenden Verlangen der getretenen Arbeiter nachgab, und bereitete im Jahre 1864 die Koalitionsverbote. Daraus schöpften die Verfechter der Koalitionsfreiheit in Deutschland einen neuen Ansporn, und bei der Schaffung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund im Jahre 1869 fielen nun auch hier die Koalitionsverbote für die gewerblichen Arbeiter, während sie für die Landarbeiter in Kraft blieben.

Schon einige Jahre vorher war es unter dem Einflusse der Lassalleschen Agitation zur Gründung von Verbänden gekommen, die sich zwar öffentlich als Unterstützungsvereine gaben, aber doch nach gewerkschaftlicher Tätigkeit strebten. Wenn diese vorweg gegründeten Vereinigungen wirklich in gewerkschaftlichem Sinne gewirkt haben sollten, so haben sie sich aber doch dabei in so engem Rahmen halten müssen, daß man sagen muß: die eigentliche Geburtsstunde der deutschen Gewerkschaften war da, als der von Fröhke und J. B. von Schweizer einberufene Arbeiterkongress nach viertägiger Verhandlung am 29. September 1868, also auch noch vor der Aufhebung der Koalitionsverbote, die Gründung von „Arbeitervereinen“ beschloß. Zwar hatte drei Wochen vorher der Verband Deutscher Arbeitervereine, aus dem später der von Liebknecht und Bebel geführte Flügel der sozialdemokratischen Partei, die Eisenacher, hervorging, auf seinem Nürnberger Vereinstage die Gründung von „Gewerkschaftsgenossenschaften“ beschlossen; doch wenn es auch damals zweifelhaft sein konnte, welcher Beschluß die meiste Kraft zur Verwirklichung hinter sich hatte, so zeigten aber die späteren Jahre das organisatorische Übergewicht der Schweizerischen Organisationen so handgreiflich, daß man mit Zug deren Gründung als den Anfang der heutigen Gewerkschaftsbewegung ansehen muß. Der Streit in der politischen Arbeiterbewegung fand in der gewerkschaftlichen seine Fortsetzung, endete jedoch auch hier schließlich mit der Verschmelzung beider Richtungen; die Art des wirklichen Kampfes

Gruppen war ohnehin durch den Zwang der Tatsachen in die gleichen Bahnen gedrängt worden.

In der nun folgenden Zeit können wir drei Spannen der Entwicklung der Gewerkschaften unterscheiden. Wir bemessen sie nach den äußeren Lebensbedingungen der Gewerkschaften, die ja für deren Schicksal im allgemeinen ausschlaggebend waren. Die erste Spanne reicht bis zum Jahre 1875. Sie ist eine Zeit gesunden Wachstums und kraftvollen Wirkens. Nach dem deutsch-französischen Kriege hatte Deutschland, zum Teil infolge des Milliardensegens, den wir dem besiegten Frankreich abnahmen, einen wirtschaftlichen Aufschwung ohne Gleichen. Das begünstigte die Ausbreitung der Gewerkschaften und sicherte ihren Streiks meistens einen guten Erfolg. Es fehlte zwar nicht an Versuchungen der Staatsgewalt, diese treffliche Benützung der eben erst gewährten Koalitionsfreiheit durch polizeiliche und gesetzgeberische Maßnahmen unmöglich zu machen, aber die Antriebe, die die gewerkschaftliche Bewegung aus den wirtschaftlichen Zuständen erhielt, waren doch so stark, daß die Organisationen trotzdem gediehen. Besonders die Regierungen Preußens und Sachsens taten sich in solchen Knebelungsversuchen hervor. Preußen brachte schon 1873 einen Gesetzesentwurf ein, der die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs forderte. Er wurde zwar nicht Gesetz, aber er war doch schon ein Vorzeichen der kommenden Dinge. Je stärker die Gewerkschaften wurden, um so stärker regten sich auch die arbeiterfeindlichen Gewalten, die ihr Interesse durch die Gewerkschaften bedroht sahen. Es gibt keinen zahlenmäßigen Nachweis für die damalige Stärke der Gewerkschaften. Aber wenn sie für die Jahreswende 1877/78 von Geib auf reichlich 50 000 angegeben wurde, so darf man annehmen, daß sie im Jahre 1875 ungefähr um die Hälfte mehr betrug. Denn dies Jahr bedeutete den Höhepunkt ihrer damaligen Entwicklung. Schon ein Jahr vorher war der vom Gründungsschwundel hochgetriebene Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens zusammengebrochen. Eine schreckliche Arbeitslosigkeit herrschte da, wo noch ein Jahr zuvor der Hunger nach Arbeitskräften nicht zu stillen gewesen war. Zugleich aber begann jetzt jene Zeit der Verfolgung der Arbeiterorganisationen, die im Sozialistengesetz ihren Höhepunkt erreichte und bis zum Jahre 1890 dauerte.

Diesem doppelten Ansturm — dem wirtschaftlichen Niedergang mit seinen furchtbaren Begleiterscheinungen und der behördlichen Hege — war die junge Gewerkschaftsbewegung nicht gewachsen. Sie zerbröckelte unter dem zweiseitigen Druck. Damit beginnt die zweite Zeitspanne in der Geschichte unsrer Gewerkschaften.

Es war eine große Zeit trotz alledem. Es war die heldische Zeit der deutschen Arbeiterbewegung. Was noch von den gewerkschaftlichen Organisationen der Krisis und den behördlichen Verfolgungen getrotzt hatte, das mächte das Sozialistengesetz nieder. Nur wenigen Organisationen gelang es, durch kluge Anpassung an die neue Rechtslage ihr Bestehen zu retten. Nach halbjährigem Bestehen des Gesetzes waren allein 217 Vereine und 5 Klassen verboten. Unter diesen betäubenden Schlägen trat für einige Jahre etwas wie ein Wundstarrkrampf der Gewerkschaftsbewegung ein. Die absolute Ruhe des leeren Raumes herrschte. Die Unternehmer und Fabrikanten aber nützten die Zeit und entrißen den Arbeitern, was sich diese durch ihre Organisation einst an Verbesserungen errungen hatten. Und die wehrlosen und rechtlosen Arbeiter mußten es dulden.

Vom Jahre 1882 an beginnen die Versuche, auf dem weiten Trümmerfelde wieder Organisationen aufzubauen. Wenn auch vieles der Vernichtung durch die Behörden anheimfiel, so war doch das schließliche Ergebnis der Versuche die Schaffung einer neuen Gewerkschaftsbewegung. Doch diese neuen Organisationen trugen nun wesentlich andere Züge. Die Rechtsunsicherheit zwang sie, auf die frühere zentralistische Verfassung vorläufig zu verzichten und den lokalen Zusammenschluß zu wählen, der den Zugriffen der Behörden die kleinste Angriffsfläche bot. Erst als man sich wieder einigermaßen sicher fühlte, kehrte man zögernd und nicht überall zur gleichen Zeit zur Zentralorganisation zurück. Ja, in einzelnen Gewerben entwickelte sich über die Organisationsform ein heftiger Streit, der ungeheuer viel Staub aufwirbelte, der aber schließlich überall mit der Annahme zentraler Organisationsformen endete. So sehr dieser Streit damals die Geister beschäftigte, so nichtig erscheint er uns heute. Und wenn wir hier kurz die Triebkräfte der Zentralisation bloßlegen, so geschieht es nicht, um den Gedanken der lokalen Organisation zurückzuweisen, sondern um zu zeigen, wie sich die Organisationsform den Gesetzen der Zweckmäßigkeit und rein sachlichen Notwendigkeit fügte.

Es ist nicht Willkür, wenn wir von Nationalökonomie, von Volkswirtschaft sprechen, wenn wir Ausdrücke gebrauchen, die man noch vor 200 Jahren nicht kannte. Darin prägt sich die Ausweitung unsrer Wirtschaft von der Haus- und Stadtwirtschaft zur Wirtschaftseinheit eines ganzen Volkes aus, die uns heute schon hinübergeleitet hat in das Getriebe der Weltwirtschaft. Um es anschaulicher zu sagen: Früher, in den Anfängen der Geschichte der Menschheit, in den Anfängen der Menschheit, brauchte die einzelne Hausgenossenschaft die Hilfe der andern Hausgenossenschaften nicht, sie konnte sich selbst genügen, indem sie alles selbst herstellte, was sie brauchte. Dann bildete sich die Arbeitsteilung so weit, daß man aufhörte, alle Gebrauchsgegenstände selbst herzustellen, sondern bestimmte Dinge von andern, die in ihrer Herstellung geläufiger waren, eintauschte. Damit bildeten sich wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Hausgenossenschaften, die untereinander zur Stadt- oder Dorf-

wirtschaft verwachsen. Mit dem Wachstum der Kultur und des Verkehrs bildeten sich wirtschaftliche Beziehungen zwischen den verschiedenen Orten durch Austausch der Erzeugnisse und später auch der Arbeitskräfte, und so erwuchs aus der Stadtwirtschaft die Volkswirtschaft, in der das wirtschaftliche Leben des Volkes eine Einheit bildet, wo die Erzeugnisse und die Arbeitskräfte in einem durch keine künstlichen Mittel beschränkten Austausch stehen.

Diese innige Wirtschaftsgemeinschaft des ganzen Volkes ist es, die das Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Organisationen fordert. In der gewerkschaftlichen Wirklichkeit stellte es sich so dar: Die einzelne örtliche Organisation war bei Führung ihrer Kämpfe auf den Beistand der Berufsgenossen im Lande angewiesen. Sie mußte den Zugang von außen fernhalten und konnte es nur, wenn sie sich mit den Berufsgenossen ins Einernehmen setzte. Sie mußte verzichten, daß außerhalb des Kampfgebietes Streikarbeit verrichtet wurde und bedurfte dazu der Unterstützung der Berufsgenossen. Sie mußte für ihren Kampf den Zeitpunkt wählen, wo nicht die Arbeitslosigkeit im übrigen Lande den Erfolg gefährdete, und dazu bedurfte sie der Verbindung. Schließlich war sie auch auf die unmittelbare Hilfe der Berufsgenossen im übrigen Lande angewiesen, denn sie allein war meistens zu schwach, um den Anforderungen, die der Kampf an ihre Geldmittel stellte, zu genügen. Diese sachlichen Notwendigkeiten waren es, die den Sieg des Zentralismus verbürgten.

Die Frachtermäßigung für Steinprodukte.

Bei der Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags, im Mai 1911, wurde vom Genossen Scheidemann im Reichstage der Wunsch ausgesprochen, daß für die Steinindustrie-Erzeugnisse billigere Frachttarife genehmigt werden sollten. Es hat sehr lange gedauert, bis sich das preussische Eisenbahnministerium herbeiließ, dieser Frage näher zu treten. Endlich, nach einem 14monatigen Ueberlegen, ist man dazu gekommen, der deutschen Steinindustrie die schon längst verprochenen niedrigeren Frachttarife zu bewilligen. Am 1. Oktober sind diese nun in Kraft getreten. Daß die deutsche Steinindustrie ungeheure Quanten verfrachtet, haben wir bereits vor einigen Wochen an dieser Stelle in umfassender Weise nachgewiesen. Es gibt beispielsweise Granitwerke, welche innerhalb Jahresfrist 10 000 bis 15 000 Eisenbahnwaggons Steine verfrachten.

Bisher bestand für Reichenpflastersteine der Tariffuß 5w, welcher aber für weite Entfernungen höchst ungenügend war. Der Pflasterstein kann eben einen hohen Frachtsatz nicht tragen. Und so verhält es sich auch mit den andern Steinindustrie-Produkten (Gruß, Schotter, Abfallsteinen). Nach dem Ausweis der preussisch-bessischen Staatseisenbahn wurden Reichenpflastersteine verfrachtet in den Jahren:

1907	975 000 Tonnen
1908	960 000 „
1909	875 000 „
1910	963 000 „

Diese Ziffern geben aber noch lange kein richtiges Bild über die Bedeutung der Steinindustrie, weil die beiden Länder Bayern und Sachsen mit ihrer mächtigen Steinindustrie dabei gar nicht zur Geltung kommen. Wenn bisher die Unternehmer klagten, daß die Frachttarife zu hohe seien, so hatten jene Klagen ihre Berechtigung. Ab 1. Oktober treten nun folgende Änderungen in Kraft:

1. Es wird ein neuer Ausnahmetarif 5w für „Pflastersteine aus Naturstein zum Wegebau“ eingeführt, der nur von deutschen Gewinnungsorten gilt.
2. Die alte Klage vieler Steinbruchbesitzer, daß die in großen Massen entstehenden Steinabfälle bei der gegenwärtigen Tariffußlage zum großen Teil für sie unwerthbar wären und auf die Halde gestürzt werden müßten, fand auch in den neuerlichen Verhandlungen Beachtung. Es wurde gewünscht, daß die Eisenbahnverwaltung aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen, um diesem Nebenprodukt den Weg zweckentsprechender Verwertung zu öffnen, ihm eine besonders weitgehende Frachvergünstigung zuwenden müsse. Freilich fehlte es auch nicht an Gegnern, die eine solche Ermäßigung nur mit Einschränkungen gewährt wissen wollten.

Das schließliche Ergebnis war, daß ein neuer Ausnahmetarif 5b mit den billigen Sägen des Ausnahmetarifs 5i eingeführt wird für „Steingrus (Steinsplitt) — Abfall bei der Herstellung von Stein Schlag aus Bruchsteinen und bei der sonstigen Bearbeitung von Steinen — ungemahlen“. Ein bestimmtes Höchstmaß der Korngröße — wie von verschiedenen Seiten gewünscht — ist nicht festgesetzt worden, weil sich nur bei den in Schotterwerken hergestellten, nicht aber auch bei dem mit der Hand geschlagenen Stein Schlag die Korngröße des Abfalls genau bestimmen läßt. Der neue Tarif wird ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck gewährt.

3. Die bestehenden Ausnahmetarife begünstigen durchweg die Steine, auch soweit sie nicht Pflastersteine sind, und ihre Abfälle nur als Wegebaustoffe. Steine, die zu andern Zwecken, z. B. Mauerstrafen- und Eisenbahnbau benutzt werden, sind hingegen im allgemeinen auf den Normaltarif, den Spezialtarif III, angewiesen. Das Streben der Steinindustrie ging schon seit längerer Zeit auf Befreiung dieser Einschränkungen. Insbesondere bemüht sich die Westfälische Stein-

brüche um einen vorzugsweise verbilligten Ausnahmetarif für Wasserbausteine nach Rheinprovinz und Rheinisch-Westfälische Provinz nach Holland und England, — ein Wunsch, der allerdings stets auf Widerstand der rheinischen Basaltindustrie stieß. Es war ferner eine weitverbreitete Klage, daß das Warenverzeichnis des Ausnahmetarifs 5 nicht erschöpfend und durchweg klar genug wäre; namentlich wurde bemängelt, daß in dem Tarif nur die Bord- und Strecksteine, und nicht auch andre dieselbstgehörigen Steinsorten, z. B. Rand-, Grenz-, Vermessungssteine aufgezählt wären. Schließlich wurde eine klarere und der Industrie günstigere Vorschrift verlangt, wonach die für rohe Steine geltenden Ermäßigungen allgemein und zweifelsfrei auch den roh bearbeiteten Steinen gewährt werden sollten.

Die Eisenbahnerverwaltung hat nun folgendes beschlossen: Der Ausnahmetarif soll fortan nicht nur bei Verwendung zum Wegebau, sondern auch zur Herstellung und Unterhaltung von Eisenbahnen (auch Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen) und zum Wasserbau — in beiden Fällen jedoch mit Ausschluß von Kunstbauten, also unter Beschränkung auf die zur Herstellung des Bahnkörpers und Strombettes bestimmten Stoffe — gewährt werden. Als Kunstbauten im Sinne dieser Vorschrift gelten daher nicht nur Gebäude, sondern auch Brücken, Ueber- und Unterführungen, Bahnsteige, Durchlässe usw. Die Verwendung zu Kunstbauten dieser Art muß ausgeschlossen werden, weil eine Bevorzugung der Erzeugnisse der Hartsteinindustrie bei Bauten dieser Art Berufungen zugunsten verwandter Industrien, insbesondere der Weichsteinindustrie, zur Folge gehabt hätte, deren Erfüllung eine große Gefahr gerade für die Interessen dieser Industrie sein würde.

Die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft weist nun darauf hin, daß sie durch die Tarifermäßigung einen jährlichen Gewinnverlust von etwa 1.060.000 Mk. haben wird. Wir sind der Meinung, daß dieses Exempel doch etwas zu willkürlich genommen ist. Man kann ja auch die Ansicht vertreten, daß die bisherigen Frachtsätze viel zu hohe gewesen seien. Unsere Kollegen brauchen nun nicht etwa zu denken, daß durch die Frachtermäßigung nun die Herren Unternehmer mit Lohnzulagen leichter bei der Hand sein würden. Wir müssen mit Sicherheit damit rechnen, daß bei zukünftigen Verhandlungen Lohnzulagen wieder mit der Begründung abgelehnt werden, weil die „Konkurrenz“ eine zu große ist. Der Arbeiter muß sich seine Lohnerbhöhungen erkämpfen, und dieser Kampf wird angesichts der herrschenden Teuerung ein sehr gewaltiger werden.

Wir haben bei der Pflastersteinsolldebatte dafür plädiert, daß billigere Frachten gewährt werden sollen, nachdem diese nun in Kraft getreten sind, hatten wir auch die Verpflichtung, unsere Leser dementsprechend zu informieren.

Kunststein und Naturstein in Baden.

Die badische Regierung hat jüngst einen Erlaß herausgegeben, welcher besagt, daß bei Staatsbauten der Naturstein wieder mehr berücksichtigt werden sollte. Diese vernünftige Anregung paßt den Kunststein- und Zementfabrikanten nicht in den Kram, und sie haben der badischen Regierung eine Eingabe zukommen lassen, aus welcher wir folgendes hervorheben:

„Es mag zugegeben werden, daß die Mehrverwendung von Kunststeinen und des Eisenbetons, sowie die ausbaufähigsten Erwägungen hervorgegangene Bevorzugung verputzter Fassaden der Natursteinindustrie Abbruch tun. Daß diese beiden Industrien in den letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht haben, ist nicht zu verkennen. Wodurch sind diese Fortschritte hervorgerufen? Ein sachgemäß ausgeführter Kunststein kann bezüglich des Aussehens, der künstlerischen Wirkung und der Bearbeitungsmöglichkeit mit jedem (!) Naturstein wetteifern, wird ihn aber durch größere Billigkeit und vor allem durch größere (!) Wetterfestigkeit meist weit übertreffen. Der Beton und Eisenbeton übertrifft die natürlichen Baustoffe fast immer durch größere Wirtschaftlichkeit, Festigkeit, Formgebungsmöglichkeit, vor allem aber durch erhöhte Feuerfestigkeit. Sollten nun diese beiden Industrien, und mit ihnen zahlreiche andre Nebenindustrien künstlich unterdrückt werden zugunsten einer andern, verhältnismäßig kleinen Industrie, welche, wie manche andre Industrien, den technischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Neuzeit nicht mehr nachkommen kann?“

Wir haben einwandfreie Belege dafür beigebracht, daß die Verwendung von Beton und Kunststeinen für die verschiedensten Zwecke weit wirtschaftlicher ist als der Naturstein. Dazu kommt als weiterer unendlich wichtiger Faktor die fast absolute Feuerbeständigkeit von Beton und Kunststein. Durch das Ergebnis zahlreicher Brandkatastrophen der letzten Jahre läßt sich die Ueberlegenheit der Zementbaustoffe hinsichtlich der Feuerfestigkeit gegenüber allen andern Baustoffen einschließlich des Eisens einwandfrei belegen. Wir glauben, nicht zu weit zu gehen, wenn wir nach diesen untrüglichen Beweisen von den großen Vorzügen der Zementbaustoffe die Ansicht vertreten, daß es kaum zu rechtfertigen wäre, wenn für die aus öffentlichen Mitteln hergestellten Bauwerke verschiedener Art auf Kosten der Steuerzahler unbegründete Mehrausgaben seitens der Baubehörden lediglich zugunsten einer einseitigen Interessentengruppe geleistet werden, und wir geben uns vertrauensvoll der Hoffnung hin, daß schon der Hinweis auf das Moment der größeren Feuerfestigkeit von Kunststeintreppen, Umfassungswänden, Brandmauern usw. für die Wahl der Baustoffe ausschlaggebend sein wird.

Wir können hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß speziell im Stadtgebiet Heidelberg Natursteine überhaupt nicht gebrochen werden, so daß also im ganzen Stadtgebiet kein die Natursteinindustrie vertretender Interessent wohnt, wohl aber beherbergt die Stadt Heidelberg die Verwaltung nicht nur einer der ersten Zementfabriken in ihren Mauern, sondern auch den Sitz der Vertretung der gesamten Zementindustrie Süddeutschlands. Im Anschluß an diese große Industrie hat sich eine blühende Beton- und Kunststeinindustrie hier entwickelt, die doch wohl als kräftige Steuerzahlerin eher eine Berücksichtigung verdient, als die Vertreter der Natursteinindustrie, welche mit den Interessen der Stadt Heidelberg direkt nichts zu tun haben.

Wir können nicht glauben, daß der Erlaß des Großherzogl. Ministeriums die natürliche Entwicklung der Dinge wesentlich wird beeinträchtigen können, haben jedoch nicht die unberechtigte Furcht, daß durch derartige einseitige Maßnahmen weite Kreise unseres modernen Wirtschaftslebens in unnötige Beunruhigung verlegt werden. Den gewiß den edelsten Motiven entsprungenen Standpunkt des Großh. Ministeriums würden wir wohl würdigen und verstehen,

wenn, wie beispielsweise bei der Säbholzindustrie, die Notlage der Natursteinindustrie durch irgendwelche momentan einsetzende katastrophale Maßnahmen herbeigeführt worden wäre. In dem vorliegenden Falle ist die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Natursteinindustrie auf dem Wirtschaftsmarkte so allmählich erfolgt, daß die Betroffenen die Zeit finden mußten, sich andern Berufen und Industrien zuzuwenden.

Wir möchten hier mit einigen Worten auch die Arbeiterfrage erörtern. Wenn in der Natursteinindustrie das Steinerzeugnis erheblich zurückgegangen ist, so hat daselbe in der Kunststeinindustrie in verstärktem Maße zugenommen. Von einer Arbeiternotlage der Natursteinindustrie kann also kaum die Rede sein, da die Kunststeinindustrie an tüchtigen Steinmetzen noch Mangel leidet. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Steinmetzarbeiten speziell bei der Kunststeinerarbeitung wesentlich gesünder sind, als in der Natursteinindustrie.

Das muß man den Kunststeinfabrikanten lassen, sie verstehen es meisterhaft, für ihre Industrie Reklame zu machen. Wir hören, Kunststein hat eine enorme Feuerfestigkeit, aber die Herren verschweigen geflissentlich, daß bei Bränden auch das Natursteinmaterial eine große Widerstandsfähigkeit aufweist. Wir sagen, die Widerstandsfähigkeit gegenüber der Feuergefahr spielt bei Werksteinarbeiten eine nur untergeordnete Rolle. — Keinem Menschen fällt es ein, die Kunststeinindustrie zu unterdrücken, aber das weiß jeder Fachmann, daß die Industriellen jener Industrie nur durch ihre bombastisch betriebene Reklame sich gegenüber dem Naturstein einen Vorsprung gesichert haben. Es klingt sehr nett, wenn es heißt, daß in der Kunststeinindustrie Mangel an Steinmetzen sei. In Wirklichkeit wurde aber schon längst versucht, die Steinmetzen auszuscheiden und Hilfsarbeiter zum Scharieren zu verwenden. Aber alle diese Versuche sind bisher fehlgeschlagen, denn das Scharieren will von Jugend auf geübt sein, und so mußte man wieder auf die Steinmetzen zurückgreifen.

Die deutschen Steinbruchbesitzer hätten alle Veranlassung, mehr als bisher für den Naturstein Propaganda zu machen.

Agitation unter den Berliner Granitarbeitern.

Eine äußerst rege Agitation wurde in den letzten Wochen in der Berliner Straßenbaubranche entfaltet. Mit Ausnahme einiger organisationsunfähiger Elemente ist der Zusammenschluß aller Granitsteinmetzen in unsern Verband erfolgt. Es war aber auch die höchste Zeit. Mißstände sind in dieser Branche eingerissen, die jeder Beschreiber spotten. Die Schuld liegt auf beiden Seiten und ist in jedem Falle auf einen Mangel an Solidarität zurückzuführen. Die anständigen Unternehmer haben unter einer äußerst scharfen Schmutzkonkurrenz zu leiden. Die vom Verband der Steinmetzgewerkschaften festgelegten Tagelohnsätze werden von den Lohnseilern weit unterboten. Schon im Jahre 1908 hatte der genannte Verband beschlossen, für einen Steinmetzen in Granit 1.95 Mk. pro Stunde in Rechnung zu legen. Seitdem ist der Stundenlohn um 5 Pfg. gesunken und trotzdem übernehmen die Lohnseiler Arbeiten für 1.10 Mk. pro Stunde. Bei einem solchen Preise kann natürlich von der Erfüllung der tariflichen und gesetzlichen Pflichten auf reellem Wege nicht die Rede sein. Hier muß der Bleistift nachhelfen. Der tut's natürlich nicht von selbst. Es muß tüchtig „geschmiedet“ werden, damit von seiten des dazu Berufenen einige Stunden mehr beiseite gelassen werden, als tatsächlich gearbeitet wurden. (Daß die Laufzeit mit eingerechnet werden muß, halten auch wir für selbstverständlich.) Und mancher Kollege, der jetzt als Trinker von den Unternehmern geachtet wird, hat seinen Hang zum übermäßigen Alkoholgenuss diesem, im Interesse der in Betracht kommenden Unternehmer ehegeren, entwürdigenden Schmeiselsystem aufs Konto zu setzen. Von einer geregelten Arbeitszeit ist in diesem Beruf überhaupt nichts zu verspüren. Und ist der großstädtische Steinmetz im allgemeinen schon zum Gelegenheitsarbeiter geworden, für die Straßenbaubranche trifft dies natürlich um so mehr zu. Die Verteilung der sich dem betreffenden Unternehmer zur Verfügung stellenden Steinmetzen auf die verschiedenen Arbeitsstellen (der Wechsel ist ungeheuer groß und erfolgt eventuell täglich mehrmals) geschieht vor, während und nach der Arbeitszeit. Bezahlt wird nur die gearbeitete bzw. beschienigte Zeit. Es kommt z. B. vor, daß an drei Tagen einer Woche je drei Stunden, die übrigen Tage je zwei Stunden gearbeitet wird, macht zusammen 15 Stunden die Woche. Das Jahrgeld zurückzubehalten macht häufig einen schweren Kampf erforderlich, wenn der „Stadtreisende“ es nicht vorzieht, sich in einen solchen erst gar nicht einzulassen, aus Furcht, bei den nächsten Arbeitsverteilungen entweder gar nicht oder nur sehr spärlich bedacht zu werden. Ebenso wird das Werkzeug fast durchweg vor und nach der Arbeitszeit ohne jegliche Vergütung von und nach der Schmiebung bejagt. Während sich so auf der einen Seite ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften zeigt, wird von den in Betracht kommenden Unternehmern ein unermessliches Quantum Arbeit verlangt. Weil sie sich scheuen, einen angemessenen Preis für die übernommenen Arbeiten zu fordern, brücken sie um so mehr auf die von ihnen Beschäftigten, deren nicht selten vorliegende Notlage in der gemeinsten Weise auszunützen.

Das soll nun anders werden. Folgende, den in Betracht kommenden Unternehmern ebenfalls unterbreitete Resolution besagt alles übrige:

Die am 18. Oktober versammelten Granitsteinmetzen Berlins haben sich mit ihrer überaus traurigen Lage beschäftigt. Als Ursache derselben erkennen sie den kruppeligen gesicherten Konkurrenzkampf der in Betracht kommenden Unternehmer einerseits und den bisherigen Mangel an Energie auf seiten der Arbeitnehmer, die verderblichen Folgen des Unternehmerkampfes von sich abzuwälzen.

Nachdem die Sammlung der Granitsteinmetzen nunmehr endlich erfolgt ist, geben sie, unablässig für die Beseitigung der Schäden in ihrem Berufe tätig zu sein und beauftragen ihre Organisationsleitung, geeignete Maßnahmen zur Erreichung ihres Ziels zu ergreifen.

Als nächstes Erfordernis bezeichnen sie die strikteste Einhaltung der tariflichen Bestimmungen sowie die Beseitigung jeglicher unentgeltlichen Zeitanwendung.

Jedes Sträuben der Unternehmer, sich den tariflichen Bestimmungen zu unterwerfen, soll mit der sofortigen Arbeitsniederlegung der gesamten Kollegenschaft des in Betracht kommenden Geschäftsbereichs beantwortet werden. Der finanziellen und moralischen Unterstützung durch die im Zentralverband der Steinmetzen organisierten Kollegen aller Branchen sind die Kämpfenden sicher.

Der Geist in den Budenrechten und Versammlungen war ein guter und berechtigt zu der Hoffnung, daß auch in der „Straßenbildhauerrei“ bald menschenwürdige Zustände einzutreten werden.

8. Christlicher Gewerkschaftskongress.

Wenn für die Bedeutung einer Arbeiterbewegung die Zahl ihrer Glieder im bürgerlichen Lager maßgebend ist, dann stehen die christlichen Gewerkschaften unerreicht da. Der 8. Kongress dieser Gewerkschaftsorganisation, der vom 6. bis zum 10. Oktober in Dresden stattfand, sah an dem langen für die „Ehrentage“ bestimmten Tische die Vertreter aller möglichen Verbände, Parteien und Organisationen; man darf sagen: alles was gegen Sozialismus, gegen Klassenkampf, gegen die Gleichberechtigung, Selbstständigkeit und Frei-

heit der Arbeiter ist in deutschen Landen, das war durch Abgeordnete in Dresden vertreten und bekundete der schwarzgelben Lagung seine Freundschaft und Anerkennung. Die deutsche Reichsregierung und die sächsische Landesregierung, die katholische und die evangelische Kirchenbehörde, die konservativen, die ultramontane und die nationalliberale Partei, der Bund der Landwirte, der Bund der Kriegervereine und alles, was rückwärts oder doch nicht vorwärts will mit den Arbeitern — es wünschte durch seine Vertreter den christlichen Gewerkschaften ferneres Wohlergehen und Gedeihen, es erhoffte von ihnen das Beste für das Vaterland, das Allgemeinwohl, das Christentum und namentlich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn die Führer der christlichen Gewerkschaften es darauf anlegen wollten, vor aller Welt die Minderwertigkeit und Verwerflichkeit ihrer Bewegung kundzutun, dann konnten sie das nicht besser als dadurch, daß sie diese blamable Gesellschaft von „Ehrentagen“ zu sich einluden, um sich von diesen Leuten, denen die Abneigung gegen eine selbständige, kraftvolle Arbeiterbewegung auf der Stirn geschrieben steht, das Zeugnis des Wohlverhaltens ausstellen zu lassen. Wenn außerhalb der ultramontanen Mißorganisationswürde nicht die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn die Partei der Oldenburg und Kröcher durch ihren Vertreter ihm öffentlich beschimpfte, daß sie in seiner Organisation, wie das der konservative Graf Carmer in Dresden den christlichen Gewerkschaften gegenüber tat, „die beste, geeignetste und sachliche Vertretung des Arbeiterstandes“ erblicke? Die Christlichen kirchlichen diese kompromittierende Anerkennung mit stolzem Köheln ein und bekundeten hier wie bei den andern verdächtigen Lobreden ihrer „Ehrentage“ ihren Mangel an Selbstachtung durch lebhaftesten Beifall.

Und das sachliche Ergebnis des Dresdner Kongresses? Als nach den Pfingstereignissen dieses Jahres in christlichen Gewerkschaftskreisen der Gedanke an die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses auftauchte, um zu den aus Rom kommenden Eingriffen Stellung zu nehmen, da wurde von der Führerschaft einbringlich abgewinkt und hingewiesen auf den bevorstehenden im Herbst stattfindenden regelmäßigen Kongress; hier werde gesagt werden, was gesagt werden müsse, und hier werde die nötige Klärung geschaffen werden. Kundige wußten von vornherein, was dabei herauskommen würde. Nichts, was man nicht schon wußte und was man nicht schon hundertmal von christlicher Seite aus gehört hatte: die christlichen Gewerkschaften sind in ihrer jetzigen Gestalt eine wirtschaftliche, eine soziale und eine nationale Notwendigkeit und in dieser Erkenntnis werden sie bleiben, was sie waren; sie sind selbständig nach jeder Seite hin und lassen sich in ihrer grundsätzlichen und tatsächlichen Haltung durch niemanden beeinflussen! So klang es aus der Einleitungsansprache des Vorsitzenden vom Ausschuss des Gesamtverbandes und aus dem Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs, und das war auch der Hauptinhalt der Stegerwaldschen Rede über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart. Mit keinem Wort wurde eingegangen auf die mancherlei Ereignisse seit dem Kongress 1909, die das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur kirchlichen Autorität betreffen und die zeitweilig die Spalten der kirchlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsblätter gefüllt haben, und es zeugt für die Selbstbescheidung der Kongressteilnehmer, daß sie sich ohne zu mühen in dieser das Gesamtleben ihrer Organisationen berührenden Frage mit den nichtsagenden Redensarten ihres Generalsekretärs abspesen ließen und nicht ein einziges das Bedürfnis fühlte, die Führer über die sogenannten Zulauer Beschlüsse von Ende 1911 zu befragen, wo über die Köpfe und hinter dem Rücken der Organisationen die Führer den Bischöfen gegenüber sich zu Verpflichtungen grundsätzlicher und tatsächlicher Art verstanden.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Christlichen allemal dann, wenn es gilt, blamable Dinge im eigenen Lager zu verbergen, dann um so kräftiger auf ihre sozialistischen Gegner schimpfen. So auch diesmal. Man muß es gehört haben, um es für möglich zu halten, daß Herr Stegerwald den schäbigen Verrat der christlichen Arbeitervertreter bei der Reichsversammlung in Ordnung mit den ledigen Worten rechtfertigt, das hätten sich die Sozialdemokraten im letzten Endes selber anzuschreiben, und daß er ebenso unverkoren die Haltung der Christlichen gegenüber dem Wirtschaftsleben und der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie sie gekennzeichnet ist durch den letzten Vergarbeitsvertrag, mit den Worten abtut: daran seien einzig und allein die Sozialdemokraten schuld. Man muß es gehört haben, wie dieser Mann, den der Herrgott in einer süßen Laune an die Spitze einer Arbeiterbewegung gesetzt hat, das Wort sagt: „Die Sozialdemokratie will die Arbeiter völlig absondern vom Kulturleben der Nation.“ Als Herr Adam Stegerwald noch in den Windeln lag, da hatte die Klassenbewußte Arbeiterbewegung bereits ein großes Stück Kulturarbeit hinter sich, und kein anfänglicher und ehrlicher Gegner wird abstreiten wollen, daß das, was die deutsche Arbeiterbewegung heute an Kultur besitzt, einzig und allein der sozialistischen Wirksamkeit zu danken ist. Auch Herr Stegerwald, so lächelhaft er auch sein mag, weiß das; er weiß auch, daß das bishere Kulturleistung auf christlicher Seite dem sozialistischen Vorbild abgesehen ist. Aber wozu wäre man christlicher Generalsekretär, wenn man nicht, sobald es sich um die Sozialdemokratie handelt, das Gegenteil der Wahrheit sagen dürfte. Die „gute“ Sache des Zentrums und der junkerlichen und schärfmackerischen Freunde heiligt auch das schlechteste Mittel. — Eine Diskussion über die Stegerwaldsche Rede fand nicht statt. Man nahm eine Resolution an, in der das Bündnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen bekräftigt und bezüglich des Gewerkschaftsrechts erklärt wurde: „Organisationsform und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 15jähriger Praxis bewährt, die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in der Zukunft in den leitenden bewährten Bahnen.“ — Wohin diese „bewährten Bahnen“ führen, das hat der Bergarbeiterstand vom vergangenen März gezeigt.

Der Dresdner Kongress hatte sich auch die Aufgabe gestellt, Klärung zu schaffen bezüglich der Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Wirtschaftskreisen und dem Wirtschaftsleben der Gegenwart. Man hatte mit dieser Aufgabe Herrn J. J. J., Redakteur der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung (M.-Glabbach), betraut, der in seinem Blatte die Pflicht hat, den katholischen Arbeitern die politischen Umfälle und Spitzbübereien des Zentrums schmacht zu machen. Weil er sich auf diesem Gebiete einiges Geschick erworben hat und außerdem über das Material in den Zettelkästen des katholischen Volksvereins verfügen kann, hält er sich für einen äußerst geschickten und wissenschaftlich bewanderten Kopf. Betragen von dem Bewußtsein, mit der ganzen Bildung von M.-Glabbach und Umgebend ausgestattet zu sein, redete er zwei Stunden lang allerhand zusammengelesenes Zeug von seinem Manuskript herunter, derweil seine christlich-nationale Zuhörerschaft dem Gähncrampf verfiel. Der Vorsitzende Schiffer brachte den Nachweis, daß er geschlafen hatte, dadurch, daß er die Rede des Herrn J. J. J. „unangenehm anregend und belehrend“ nannte; er erblickte in dem Vortrage ein Zeichen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung bedeutende Fortschritte geistiger Art gemacht habe, an die Seite der Praktiker seien jetzt die Theoretiker getreten und die Arbeiter hätten Hilfe erlangt durch die D e n t e r. Zum Unglück fuhr Herr Giesberts mit rauher Hand in das Hochgefühl der christlichen „Denker“ hinein. Er bekannte, daß er im Vorstand gewarnt habe, ein solches Thema mit solchen umstrittenen Problemen auf einem Gewerkschaftskongress zu behandeln. Die gewerkschaftliche Betätigung lasse sich wissenschaftlich gar nicht begrenzen und erfassen. Es handele sich nicht darum, ob die Lage der Arbeiter an sich besser geworden, sondern ob sie im Verhältnis zu der Gesamtkulturhöhe gesunken sei, und in dieser Hinsicht sei sie nicht so sehr geändert worden. Man solle als Regel für die Praxis den Grundsatze befolgen, bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer nach der äußersten Grenze zu streben und sich dabei nicht durch theoretische Bedenken breiten zu lassen. — Die weitere Diskussion war ziemlich wirr, bis ein Dele-

glerter den Debattefluß beantragte mit der Begründung: Es sei zwecklos, sich über das „Jung“ noch weiter zu unterhalten, es läme, auch wenn man noch stundenlang „spinne“, doch nichts dabei heraus! Da die Verammlung das Gähnen leid war, nahm sie den Schlußantrag an. Herr Noos, der christlich-nationale „Denker“, stammelte einige Sätze als Schlußwort und damit war der Versuch, eine christliche Gewerkschaftstheorie zu finden, bis auf weiteres erledigt.

Korrespondenzen.

Deutmannsdorf. Die am 3. Oktober tagende Steinarbeiterversammlung Deutmannsdorf u. Umg. wurde bei Herrn Wille in Hartlebsdorf abgehalten. In derselben referierte Kollege Steininger über die Berufsgesetzgebung in der Steinindustrie. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Trotzdem durch die Bundesratsverordnung den Steinarbeitern ein etwas besserer Schutz zuteil wurde, ist dem Umfange der Lungenschwindsucht kein Einhalt getan. Die veränderte Struktur in der Architektur bringt es mit sich, daß die Arbeitsverhältnisse zuungunsten der Steinarbeiter geändert wurden. Die Versammelten beauftragen den Vorstand, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die Berufskrankheit der Steinarbeiter und ihre Folgen dem Betriebsunfall gleichgestellt werde. Dadurch wird der Erkrankte der größten Not entzogen und den Hinterbliebenen Hilfe zuteil. Ferner wünschen die Steinarbeiter, daß die zuständige Aufsichtsbehörde angewiesen werde, bei Durchführung der oben bezeichneten Verordnung mehr Aufmerksamkeit zu schenken.“

Sera. Die am 12. Oktober stattgefundene Versammlung war sehr lebhaft besucht. Zu Punkt 1 hielt Kollege Albert Schlegel einen gut durchdachten Vortrag über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Deutschen Reich. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Bei Punkt 2 wurde die Wahl des Beiratsmittglieds vorgenommen. Einstimmig wurde Kollege Hager gewählt. Es wurde der Beschluß gefaßt, den übrigen Beiratsstellen des Bezirks ein Rundschreiben zugehen zu lassen, daß sie dem vorgeschlagenen Kandidaten zum Siege mitzureden möchten. Des weitern gab der Vorsitzende noch einen kurzen Bericht über die in letzter Zeit stattgefundene Schiedsgerichtsverhandlung gegen den Kollegen Richard Wardeh hier bekannt. Selbiger hat alle ungewissen Verhältnisse, die er verdreht hatte, juristisch genommen. Der Kollege August Hinkel aus Reichenhausen ist wegen rückständigen Beiträgen gefristet worden.

Siedlich. Am 8. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt, in welcher der Kassierer, Kollege Max Hübler, die Abrechnung vom 3. Quartal vorlas. Die Revisoren beantragten Entlastung, welche einstimmig beschlossen wurde. Für zwei Kollegen wurden Sammellisten ausgelegt. Die Betreffenden haben nämlich die Karenzzeit noch nicht durchgemacht. Es wurde dann beschlossen, einen Lichtbildvortrag mit dem Arbeiter-Radsfahrerverein abzuhalten. Eine dementsprechende Kommission wurde gewählt. Gemüht wurde, daß in Zukunft die Versammlungen einen besseren Besuch aufweisen möchten. Zu rufen ist hier, daß die Bundesratsverordnung so außerordentlich schlecht durchgeführt wird. Wir rufen: Wo bleibt die königliche Gewerbeinspektion!

Saslach. Am 12. Oktober fand bei Ayle eine Versammlung statt, welche leider sehr schwach besucht war. Die Kollegen finden es nicht der Mühe wert, die Versammlung zu besuchen, weil der Tarif nicht zustande gekommen ist. Es ist traurig, daß die Kollegen deshalb jetzt die Hülfe ins Korn werfen, statt sich zu festigen, um auch einmal im Vulkanwert bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dadurch, daß ihr dem Verband den Rücken kehrt, ist auch nichts geholfen. Bloß der Unternehmer wird sich ins Fäustchen lachen. Kollegen! Also vorwärts: organisiert euch Mann für Mann, damit unser Wunsch bald in Erfüllung geht. Darum rufe ich euch noch einmal zu: Hinein in die Organisation, damit auch einmal in dem kleinen Städtchen Saslach im dunklen Schwarzwald bessere Löhne- und Arbeitsverhältnisse zu finden sind.

Saxerode. Im Betriebe der Gebr. Kühner verunglückte am 11. Oktober der Steinhauer Karl Stollie aus Alsenburg. Stollie, lange der Unternehmer selbst, waren dabei ein Schußloch in einen Steinblock zu bohren. Dadurch sollte der darauf ruhende große Block zu Falle gebracht werden. Sie hatten erst einige Zentimeter gebohrt, als sich der Block in Bewegung setzte und beide faßt. Stollie wurde der Unterschenkel abgerissen und zu drei vermalmt. Bei Kühner konnte der Arzt die Verletzung noch nicht feststellen. Stollie starb auf dem Transport nach Alsenburg. — Verbandszeug war, wie das schon öfter vorgekommen ist, nicht da.

Gemmeran (Niederbayern). Hier fand am 8. Oktober eine gut besuchte Versammlung statt. Als Referent war Kollege Hans Rittenmeier erschienen. Seine Darlegungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Kollegen hatten den Wunsch, daß eine eigene Beiratsstelle gegründet werden soll. Wir waren bisher Hausenberg angegliedert. Die Gründung wurde perfekt und es ließ sich ein großer Teil der Anwesenden in den Verband aufnehmen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß unsere Mitgliederzahl täglich zunehmen wird. Die Verwaltung, welche gewählt wurde, ruht in guten Händen. Daß uns hier ein Verband sehr not tut, wissen die Kollegen am besten, welche in der Fremde schaffen. Die Löhne sind sehr niedrig und dabei wird eine sehr saubere Arbeit verlangt. Die Versammlung nahm einen mustergültigen Verlauf.

Leipzig. In einer am 9. Oktober im Volkshaus stattgefundenen Versammlung referierte Kollege Staudinger in ausführlicher Weise über unsere Berufskrankheit. Nach einem Erlaß des preussischen Ministeriums sollten Erhebungen angestellt werden über sogenannte Gewerbekrankheiten. Unter den angeführten Berufen waren aber die Steinarbeiter nicht mit berücksichtigt worden, obwohl von berühmten Professoren festgestellt ist, daß, solange Sandstein bearbeitet wird, die betreffenden Arbeiter an der Berufskrankheit dahinstehen müssen. Durch statistische Erhebungen, die der Referent als Unterlagen bekannt gab, wurde bewiesen, daß die Steinarbeiter größtenteils an der Berufskrankheit sterben. In Leipzig betrafen die Sterbefälle der letzten 10 Jahre bei den Steinarbeitern auf das 1000 umgerechnet 44 Prozent, wiewohl doch die Durchschnittserkrankung im allgemeinen nur 17 Prozent im Jahre beträgt. Die Ausarbeitung der Architektur und das Affordsystem tragen mit dazu bei, daß die Steinarbeiter in fast übermenschlicher Weise ihre Kräfte anstrengen müssen, um einigermaßen einen auskömmlichen Lohn zu erlangen. Weiter brachte der Redner zum Ausdruck, daß das Reich nicht zugrunde gehen würde, wenn auch von Reich wegen insofern etwas für die Kranken Steinarbeiter geschaffen würde, daß ihre Krankheit als Gewerbekrankheit dem Unfallgesetz entsprechend angesehen würde. Der Vorsitzende wurde beauftragt, nachfolgende Resolution an das Reichskanzleramt sowie an die zuständige Gewerbeinspektion abzusenden: „Die am 9. Oktober stattgefundene Steinarbeiterversammlung beauftragt, daß die Berufskrankheit der Steinarbeiter immer noch in starker Form grassiert. Trotz der erlassenen Bundesratsverordnung ist eine Besserung des Gesundheitszustands unter den hiesigen Steinarbeitern leider nicht zu erwarten. In den letzten 10 Jahren starben hier bei einer durchschnittlichen Beschäftigungsziffer von 170 Kollegen insgesamt 76 Berufskrankgehörige, davon an der Lungenschwindsucht 62. Daß unter der hiesigen Steinarbeiterenschaft die Krankheitsziffern enorm hohe sind, geht auch aus der Statistik hervor, welche vor einigen Jahren das Reichsversicherungsamt nach dem Material der Leipziger Drehschleiferei verarbeitete. Die Leipziger Steinarbeiter müssen weiter darüber klagen führen, daß die erlassene Bundesratsverordnung so schlecht durchgeführt wird. An das Reichskanzleramt stellen die Kollegen das Ersuchen, daß dahin gewirkt wird, daß berufskrank Kollegen nicht, wie bisher die Invalidenrente, sondern eine Rente nach den Sätzen der Unfallversicherung gewährt wird.“ Im 2. Punkt berichtete der Kassierer über die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug einschließlich Bestand 9632.31 Mk., die Ausgabe 1970.45 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 8261.86 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Bei der Wahl eines Mitglieds zum Beirat wurde Kollege Rothe-Wun-

lau gewählt. Weiter gab der Vorsitzende einige Resultate der Schiedsgerichtsungen bekannt. Bei den Entscheidungen machte sich bemerkbar, daß der unparteiische Vorsitzende fast für parteiisch gehalten werden möchte, indem er größtenteils bei Stimmengleichheit zugunsten der Unternehmer entscheidet. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, sich recht zahlreich an dem am 26. Oktober stattfindenden Herbstfest zu beteiligen.

Mittweida. Unse am 13. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung, welche im Volkshaus Rosenpark stattfand, war ausnahmsweise sehr besucht. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, widmete der Vorsitzende Dankesworte dem verstorbenen Kollegen Schmidt. Zu Ehren erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Zum Punkt Abrechnung erstattete der Kassierer Bericht. Auf Antrag wird demselben einstimmig Decharge erteilt. Zum Beiratsrat wird Kollege Emil Kehler gewählt. Als Vertreter zur Ortskrankenkasse werden die Kollegen Fontana, Klippmann, Fuhrmann, Wächter, H. Dehm, A. Winkler, A. Wagenbein, E. Koppel, W. Ulrich und als Ersatzmann E. Wagenbein vorgeschlagen. Im weiteren verliest der Kassierer die Restanten. Der Vorsitzende macht die Kollegen auf das am 2. November stattfindende 10jährige Stiftungsfest der Zahlstelle aufmerksam. Eine weitere Debatte entspann sich über die Sammelstellen. Von der Wahl zum Beirat wurde abgesehen, (!!!) weil der Vorstand es unterlassen hatte, den Vorschlag des Kollegen Winkler beim Zentralvorstand anzumelden.

Pforzheim. Eine auf den 5. Oktober einberufene außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: Wahl des Gesamtvorstandes, ergab folgendes Resultat: Gewählt wurden als Vorsitzender Johannes Zug, als Kassierer Chr. Dymann, als Schriftführer Karl Fischer, als Revisoren D. Hattig und Gottl. Ayake und als Beisitzer Wilh. Döhner. Seit dem Bestehen unserer Zahlstelle hat sich die Mitgliederzahl annähernd in gleicher Höhe gehalten, doch ist im Laufe dieses Jahres ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen. Bisher fand die Organisation in hiesiger Gegend wenig Anklang, da viele Kollegen nur vorübergehend im Berufe tätig sind; ferner ist als ein Uebelstand zu verzeichnen, daß sich viele Kollegen dem Unterafford zuwenden. Nirgends in der ganzen Gegend gibt es geregelte Arbeitsverhältnisse, doch herrscht überall das wilde Affordsystem. Nicht einmal die bundesrätlichen Bestimmungen werden eingehalten. Werden die Kollegen vorstellig, so sind sie der Gefahr ausgesetzt, auf die Straße geworfen zu werden. Kollegen, alle diese Mißstände können beseitigt werden, wenn wir uns alle der Organisation angliedern und somit dem Unternehmertum geschlossen gegenüberstehen.

Ruhmannsfelden (Bayrischer Wald). Die am 13. Oktober stattgefundene Versammlung war sehr gut besucht. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Singer in musterhafter Weise erstattet. Die Revisoren bekundeten, daß alles in bester Ordnung sei. Durch eifrige Agitation konnten wieder 6 Mitglieder gewonnen werden. Wir werden alles daran setzen, um unsere Mitgliederzahl zu stärken. In der Debatte wurde die Tarifangelegenheit einer eingehenden Erörterung unterzogen. Es wurde der Briefwechsel verlesen, aber diese Angelegenheit haben wir nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Betont sei, daß hier die Kollegen eine große Einigkeit an den Tag legen. Wir im Bayrischen Wald sind allerdings noch sehr weit zurück. Aber die Aufklärungsarbeit wird von uns mit großer Vorfahrtigkeit betrieben; wir können dabei auch auf Erfolge rechnen.

Sternenfels. Am 13. Oktober fand im Gasthaus zur Krone eine Agitationsversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Die Entwicklung der Steinindustrie und die Aufgaben des Steinarbeiterverbandes! Referent war Kollege Braun. Die Versammlung hätte von diesen Dingen Steinarbeitern besser besucht sein können. Die Kollegen von Sternenfels, Freudenstein und Maulbronn waren stark vertreten. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen. Nach dem Referat führte Kollege Braun noch die Sterblichkeit unter den Steinarbeitern an. Hoffentlich hat die Eingabe des Verbandsvorstandes Erfolg. Im Verschiedenen kam es zu einer lebhaften Debatte. Es wurden verschiedene Mißstände gerügt. Wir müssen hier alles aufbieten, um unsere Position zu festigen. Gerügt wurde, daß die Diesbacher Kollegen so wenig Interesse an der Sache zeigten.

Wetterode (Harz). Am 5. Oktober fand hier unsere erste Versammlung statt, welche trotz langer Bekanntheit nicht so besucht war, wie es die Lage der Kollegen erfordert. Kollege Biemig-Dannover hielt einen sehr lehrreichen Vortrag, an welchen sich eine rege Diskussion angeschlossen. Die nächste Versammlung soll im Dezember stattfinden, in welcher über die Reichsversicherung Vortrag gehalten wird und wir ersuchen alle Kollegen, dann recht zahlreich zu erscheinen, denn Beherrschung und Einigkeit tut den Steinarbeitern des Harzes besonders noh.

Ziegelanger. Am 1. Oktober fand in Trossenfurt eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Ueber das Thema: Die Berufskrankheit und ihre Forderung an die Reichsbehörde, sprachen die Kollegen Voghe und Göpfer aus Würzburg. Die Ausführungen fanden eine beifällige Aufnahme. Eine dementsprechende Resolution fand Annahme. Gerügt wurde, daß in hiesiger Gegend bis jetzt noch kein Gewerbegericht errichtet wurde. Dieser Zustand muß sehr bedauerlich genannt werden, denn hier kommen eine Menge von Streitigkeiten vor. Scharf wurde kritisiert, daß die Versammlung so schlecht besucht war. Der Vorstand ersuchte, daß dies in Zukunft anders werden möchte. Hier gibts noch so viel zu bessern, daß wir immer Massenversammlungen aufzude bringen müssen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Wahl der Beiratsmitglieder ist in der Nr. 40 des „Steinarbeiter“ ausgeschrieben und soll in Mitgliederversammlungen vom 6. bis einschließlich 26. Oktober vollzogen werden. Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen.

Die Ausgabler der Reiseunterstützung werden wiederholt ersucht, die statutarischen Bestimmungen zu beachten. Zur Auszahlung von Reiseunterstützung sind nur die Orte berechtigt, die auf der Rückseite der Reiselegitimation aufgeführt sind.

Aus der Steinindustrie.

- Nachstehende Gesteinsausführungen sind uns bekannt geworden:
 - Königswusterhausen, 200 Quadratmeter Granitsockelverwendung zu einem Gerichtsneubau.
 - Landbauamt Soest, 3000 Kubikmeter Pflastersteine aus verschiedenen Materialien.
 - Magistrat Poppo, 1700 Quadratmeter Kleinpflastersteine.
 - Stadtverwaltung Schleswig, 4000 Quadratmeter Pflastersteine aus Granit.
 - Tiefbauamt Dresden, 15 000 Meter Bordsteine, 10 000 Quadratmeter Gangplatten und diverse Kanalarbeiten.
 - Magistrat Wilschhausen, 2000 Kubikmeter Kleinpflastersteine.
 - Landesbauamt Bochum, 3000 Kubikmeter Kleinpflastersteine.
 - Landesbauamt Hagen, 4000 Kubikmeter Basaltkroten.
 - Kgl. Eisenbahninspektion in Stuttgart, Zur Bahn- und Straßenunterhaltung für 1913; 1000 Kubikmeter Borlagsteine und 3680 Kubikmeter Schotter und Grus aus Muschelkalk; 780 Tonnen Basaltkroten und 2020 Tonnen Porphyrschotter.
 - Gr. Kreisbauinspektion des Kreises Alfeld in Hildesf., Lieferung von Basaltkloppelstein und Sammelsteinen sowie Anfuhr von Bruchsteinen auf die Kreisstraßen für 1913, 1914 und 1915.
 - Königl. Eisenbahndirektion in Posen, 1. 1. 138 Tonnen Mosaiksteine aus Granit oder Basalt zur Befestigung von Bahnsteigen.
 - Landesbauamt in Koblenz, Bef. von Basalt, Basaltlava, Grauwade und Quarzkleinsplag für 29 Provinzialstraßenstrecken.

Hochbauamt in Leipzig. Granitarbeiten für den nördlichen Hauptgang mit Einfröhlung auf dem Südfriedhof.

Militärbauamt in Ludwigsdurg. Granitlieferung für den Fahrzeugschuppen zum Neubau der Bataillonskaserne in Gmünd.

Städtisches Tiefbauamt in Mainz. Zur Erbauung einer Verbindungstreppe nach dem Zitadellenwege. Erd-, Maurer- und Steinbauarbeiten einschließlich Lieferungen.

Architekt Rohrbach in Hildesf. Steinhauerarbeiten zum Neubau eines Vierfamilienhauses des Gemeinnützigen Bauvereins Hildesf.

Landesbauamt in Dortmund. 2080 Kubikmeter Basaltkroten, 1700 Kubikmeter Basaltkleinsplag, 350 Kubikmeter Basaltspalt und 778 Kubikmeter Basaltkleinsplastersteine frei Verwendungsstelle für 1913.

Städtisches Hochbauamt in Essen. Steinmeharbeiten für die Sockelverblendung und Architekturtelle zum Neubau der 2. höheren Mädchenschule am Kurfürstenplatz.

Königl. Eisenbahnbetriebsamt II in Stargard. 3. Steinmeharbeiten zum Neubau eines Wohnhauses für die beiden Vorstände der Hauptwerkstatt Stargard (Pommern).

Großh. Rheinbauinspektion in Karlsruhe. 10 000 Kubikmeter Steine 2. Klasse, und zwar für die Rheinischen Pfälzerdamm-Murg 3300 Kubikmeter, Murg-Alte Lauter 3200 Kubikmeter, Alte Lauter-Karlsruhe 3500 Kubikmeter.

Großh. Bahnbauinspektion II in Offenbura. 1700 Quadratmeter Basaltplattenbelag.

Besonders auffällig ist die Ausschreibung des Dresdner Tiefbauamts. Wahrscheinlich kommen die Käufer Unternehmer als Sieger in Frage. — Unse Kollegen tun gut, die Ausschreibungen von jetzt ab besonders gut zu verfolgen; denn um diese Zeit werden gewöhnlich in den kommunalen Verwaltungen die Summen für vorzunehmende Straßen- und Kanalarbeiten genehmigt.

Rundschau.

Schwere Beschuldigungen.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Franz Behrens, den evangelischen Gewerkschaftssekretär, der sich beim Kongresse der christlichen Gewerkschaften in Dresden so präherlich in den Vordergrund drängte, wurden am 2. Oktober an Gerichtsstelle schwere Vorwürfe erhoben. In einem Verleumdungsprozeß, der von einem freisinnigen Parteisekretär gegen einen christlich-sozialen Beamten vor dem Schöffengerichte Weklar angestrengt worden war, wurde der Beklagte zu einer Geldstrafe von 75 Mk. verurteilt. Im Berufungstermin am 2. Oktober bestätigte dann die Weklarer Strafkammer das erstinstanzliche Urteil. Der Verteidiger des Privatklägers, Rechtsanwalt Wisang (Köln), erhob in der Strafammerverhandlung schwere Beschuldigungen gegen eine Reihe christlich-sozialer Parteiführer. Am schlimmsten wurde der vielseitige „Politiker“ und christliche Arbeiterführer Franz Behrens mitgenommen. Der Rechtsanwalt hatte vorher an Behrens ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen ersuchte, seine Zeugnispflicht persönlich auszuüben. Es werde zu Angriffen auf seine (Behrens) Person kommen, und da sei seine Anwesenheit erforderlich. Behrens aber erschien nicht! Dieser Mann, der für alles Zeit hat, wenn es gilt, Glanz- und Gastrollen zu geben, zeigte sich in dieser Prozeßsache sehr zurückhaltend. Und er hatte Ursache dazu. Wurde ihm doch im Termin eine ganze Reihe Dinge nachgewiesen, die auf die Wahrheitsliebe und den Charakter des antiseimischen Reichstagsabgeordneten ein bezeichnendes Licht warfen. Wisang erklärte Behrens für einen Menschen, von dem er bezweifeln müßte, daß er überhaupt noch Unwahrheit und Wahrheit unterscheiden könne. Der Rechtsanwalt führte eine Reihe Beispiele an, mit denen er zeigte, wie leichtfertig Behrens und Genossen es mit Zeugnisaussagen nehmen. Behrens sei ein Mensch, den man im öffentlichen Leben, in der Presse wie in Versammlungen sehr oft als Lügner hingestellt habe, ohne daß der Mann es versucht habe, das Gericht anzurufen. Er habe sich mit leeren Drohungen abgefunden und zurückgezogen, aber nicht gewagt, gegen seine Angreifer vorzugehen. Der Rechtsanwalt ließ ferner in seinen Angriffen gegen Behrens die Meinung durchblicken, daß dieser weder Glauben noch Vertrauen seiner Mitmenschen verdiene. Dem öffentlichen Leben wäre es unsrer Meinung nach nur dienlich, wenn Männer, gegen die derartige Anwürfe erhoben werden können, von der Bildfläche verschwänden.

Beendeter Streik. In den schwarzen Granitbrüchen Mittel-schwedens standen die Brecher und Woffler einige Wochen im Streik. Vorige Woche nun ist die Bewegung zugunsten der Kollegen beendet worden. — In einigen deutschen Schleifereien war bereits Mangel an Rohmaterial eingetreten.

Der 17. gewerkschaftliche Unterrichtskursus wurde, wie das S. V. B. mitteilt, vor einigen Tagen im Gewerkschaftshause im Weisener der Mitglieder der Generalkommission von dem Leiter der Kurse, Genossen Cassenbach, nach einer kurzen Ansprache eröffnet. In dieser wurde wiederum betont, daß durch die Kurse nicht eine vollständige Durchbildung der Teilnehmer erfolgen, sondern nur Anregung zu weiterer systematischer Schulung gegeben werden könne. Die Zahl der Bewerber an diesem Kursus beträgt 72. Mehr als 30 Meldungen mußten für die nächsten beiden Kurse, die im Frühjahr 1913 stattfinden, vorgemerkt werden, da nicht mehr als 40 Teilnehmer zu jedem Kursus zugelassen werden sollen. In den Unterrichtsfächern ist nur insofern eine Veränderung eingetreten, als die Vorträge über die Reichsversicherungsordnung vermehrt und dadurch die Vorträge über Bankwesen und Geldverkehr ausfallen mußten, weil eine Verklängerung der Kurse über sechs Wochen hinaus nicht zweckmäßig ist. Der Unterrichtsplan setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Ueber die Geschichte der deutschen Gewerkschaft unterrichtet Karl Legien, Genossische Gewerkschaften Paul Umbreit, Gewerkschaftliche Literatur Joh. Cassenbach, Nationalökonomie Max Schippel, Statistik Max Grünwald, Kartelle Richard Calwer, Ausland Eduard Bernstein, Strafrecht Rechtsanwalt Heinemann, Arbeiterversicherung Gustav Bauer, Herm. Müller, Robert Schmidt und Rudolf Wiffel, Arbeitsvertrag Simon Wagenstein, Arbeiterschutz Robert Schmidt, Gewerbehygiene Professor Dr. Sommerfeld.

An diesem Kurse nehmen von unserem Verbands teil die Kollegen Morzig-Striegau und Tenubusch-Diffeldorf.

Die Steinmehschule in Worms beginnt das Wintersemester am 4. November. Der Besuch der Schule ist jüngeren Kollegen empfehlenswert.

Verbandsstag deutscher Bauarbeiter. Der erste ordentliche Verbandsstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird, nach einer Meldung des „Gründers“, auf den 12. Januar 1913, und die folgenden Tage nach Jena einberufen. Tagungsort ist das Volkshaus. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichterstattung des Verbandsvorstandes, der Revisoren, der Redaktion des „Grundstein“ und des Verbandsauschusses, 2. Lohnbewegung 1913, 3. Beratung des Statuts: a) Allgemeines; b) Erwerbslosenunterstützung und Neuregelung der Beiträge, 4. Jugendorganisation im Deutschen Bauarbeiterverband, 5. Versicherung der agitatorisch tätigen Mitglieder, 6. Bestimmungen über die Anstellung der Beamten im Deutschen Bauarbeiterverband, 7. Verschleppung, 8. Wahl des Verbandsvorstandes usw. — Bemerkenswert sind besonders die Punkte 2, 3b und 4. —

Internationaler Straßenbaukongreß in London. Der 3. internationale Straßenbaukongreß wird, wie jetzt feststeht, in der Zeit vom 23. bis 27. Juni 1913 in London abgehalten werden. Der Kongreß bezweckt, die Fortschritte im Bau, in der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Straße zu fördern, und wird sich mit allen Fragen des modernen Straßenbaues befassen. Im einzelnen werden zur Beratung kommen: Entwürfe für Straßen und Kunstbauten, Herstellung von Schotterdämmen unter Verwendung von Teer, Bitumen oder Asphalt, Solpflaster, Beleuchtungsarten, Beobachtung

gen über die verschiedenen Ursachen der Abnutzung und Verschlechterung der Dämme, Regelung des schnellen und langsamen Verkehrs auf den Straßen, Behörden für den Bau und die Erhaltung der Straßen, Geldmittel zum Bau und zur Erhaltung der Straßen. Außer diesen zur Verhandlung kommenden Gegenständen werden über verschiedene Versuche und Erfahrungen auf dem Gebiete des Straßenbaues belehrende Mitteilungen gemacht. Es wird ferner Gelegenheit zur Beschäftigung verschiedener besonders gebauter Straßen geboten. Auch ist mit dem Kongress eine Ausstellung von Straßenbau-Geräten und Materialien verbunden.

Der Deutsche Steinfahrer-Verband wird zu diesem Kongress den Genossen Knoll (Berlin) delegieren.

Ein Defizit von 25 000 Mk. ergab die Ausstellung für Friedhofskunst in Hamburg. Die Gesamteinnahme der Ausstellung betrug bloß 2000 Mk. Das Defizit wird allerdings herabgemildert, weil der hamburgische Staat 10 000 Mk. beisteuert, aber immerhin müssen die Zeichner des Garantiefonds noch 15 000 Mk. aufbringen.

Für 2 1/2 Millionen Mark wird in Mülheim a. d. Ruhr ein neues Rathaus errichtet. Wie uns gemeldet wird, sollen daran in umfassender Weise auch Werksteinarbeiten zur Verwendung gelangen.

Was die Straßenreinigung kostet? Die Straßenreinigung kostet den deutschen Stadtverwaltungen alljährlich ein schönes Stümchen Geld. Im Jahre 1910 gaben für diesen Zweck nachstehende Städte folgende Summen aus:

Stadt	Straßenreinigung pro qm und Jahr	Kosten der Straßenreinigung pro 1910
Berlin	44 Pfg.	4 679 935 Mk.
Bremen	11 "	216 886 "
Cöln	43 "	1 260 974 "
Dresden	21 "	883 106 "
Dortmund	27 "	281 505 "
Essen	27 "	171 000 "
Frankfurt a. M.	22 "	787 461 "
Hannover	19 "	251 134 "
Mülheim (Ruhr)	34 "	56 000 "
Nürnberg	10 "	248 040 "
Stettin	15 "	336 070 "
Wiesbaden	30 "	264 939 "
Zwickau	11 "	79 422 "

* Diese Städte reinigen die Bürgersteige nicht.

Versuche mit Steinsäugmitteln. In Halberstadt hat vorige Woche die 12. Tagung für Denkmalspflege stattgefunden. Aus den Vorträgen und Berichten ist besonders ein Vortrag von Professor Dr. Rathgen-Berlin über Versuche mit Steinsäugmitteln bemerkenswert. Schon auf der vorigen Tagung in Danzig hat Professor Rathgen über Versuchsergebnisse berichtet. Nachdem jetzt seine 7x3x1 Zentimeter großen Steinproben, die mit den verschiedensten gebräuchlichen Steinsäugmitteln getränkt worden waren, 4 Jahre der Witterung ausgesetzt sind, ist erneut ihr Gewichtsverlust festgestellt worden. Im allgemeinen lassen sich auch nach der vierjährigen Auslage noch keine bestimmten Schlüsse über den Nutzen der einzelnen Mittel ziehen, wenn auch in wenigen Fällen bei einigen Steinen schon heute eine Schutzwirkung zu bemerken und in anderen Fällen beobachtet worden ist, daß ein Stein-erhaltungsmittel die Wirkung des Sauerleymiträntungsmittels und bei dem Marmor die des Ueberziehens mit einer Wachsemlulsion, des in Berlin bei Denkmälern üblichen Verfahrens; hier hatten beide Tränkungsmitel nach vierjähriger Dauer sicher einen gewissen Schutz ausgeübt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Wirkung auch weiterhin zu beobachten sein wird und ob nicht nach längerem Zeitraum auch andere Säugmittel einen ähnlichen Erfolg haben. Eine Behandlung mit Fluat, die bei einigen Steinarten nicht ungünstig gewirkt hat, scheint bei Marmor nach den bisherigen Ergebnissen nicht angebracht zu sein.

Förderer der Christlichen. Im bayrischen Landtage führte der Abgeordnete, Genosse Vogel, den Nachweis, daß Beamte und Geistliche wirksam für die christlichen Gewerkschaften eintreten. Genosse Vogel sagte:

Auch die Behandlung durch die Vorgesetzten läßt mehrfach zu wünschen übrig und es sind Beleidigungen und Schlägen zu beklagen. Der Redner erwähnt dann den schon früher in der Presse veröffentlichten Brief des Egl. Oberberggrats Zigelmeier an einen Geistlichen, worin dieser aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß die nach Reiffenberg zuziehenden Bergarbeiter von der sozialdemokratischen Organisation abgehalten und vor bestimmten Persönlichkeiten gewarnt werden. (Hört, hört! links.) Demnach betätigen sich Vorgesetzte als Vollzugsorgane und Soldknechte der christlichen Organisation, und Geistliche machen die Zutreiber dazu. (Hört, hört! links.)

Auf eine andre Weise können ja die Zentrums-gewerkschaftler nicht mehr hochkommen, sie sind auf diese höchst sonderbare Hilfe angewiesen.

Verlorengegangener christlicher Gewerkschaftsredakteur. Die „Münchener Post“ schreibt: „Der frühere Redakteur der Dswaldschen „Gewerkschaftsstimme“ Karl Geis ist anscheinend zu Verlust gegangen. Die Strafurteile aus seinen beiden letzten Beleidigungsprozessen sollen ihm zugestellt werden, aber Geis ist nirgends aufzufinden. Der Stadtmagistrat Alshausen vermutet ihn in Frankfurt a. M., er ist wenigstens schon so lange dahin abgemeldet (hat aber trotzdem für das in Alshausen erscheinende Blatt munter weiter gezeichnet), die Polizeidirektion Frankfurt a. M. erklärt ihn nach München verzogen, die hiesige (Münchener) Polizeidirektion wiederum weiß nicht anders, als daß Geis wieder nach Frankfurt übergesiedelt ist, wo man aber ebenwenig etwas von ihm weiß wie hier. Wo mag sich nur der frühere Herr Redakteur jetzt niedergelassen haben? Und welche Gründe sind es wohl, die den Herrn veranlassen, sich so suchen zu lassen?“

Der christliche Hilfsarbeiterverband hat mit seinen Redakteuren immer Pech. Zuerst ist der Kampf mit Herrn Wolf, und jetzt ist auch Herr Geis, welcher im Januar sogar noch als Zentrums-kandidat bei der Reichstagswahl auftrat, verschwunden. Herr Dswald ist wirklich zu bedauern.

Ein Sittlichkeitsapostel. (Wier Jahre Zuchthaus für einen Kaplan.) Die Strafkammer in Krefeld verurteilte am Mittwoch den katholischen Geistlichen Heinrich Coenen aus Schaag wegen fittlicher Verfehlungen an Schulkindern und Erwachsenen, die er sich während seiner Amtstätigkeit in den Jahren 1909 bis 1912 hatte zuschulden kommen lassen, zu vier Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust. Wir nehmen von dieser Verurteilung deswegen Notiz, weil die schwarze Presse bei jeder Gelegenheit über die Unmoral der Noten schreibt.

Großer Unglücksfall. In einem Steinbruch bei Trier stürzte eine Felswand ein. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt, ein anderer schwer getötet. Es vergeht beinahe kein Tag, an dem nicht ein schwerer Unfall in der Steinindustrie zu verzeichnen wäre. Die aufsichtsführenden Organe halten es aber nicht für nötig, die Betriebe schärfer zu kontrollieren.

Quittung.

Gingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. Oktober 1912. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
 Breslau, B. 300.—, Büchelberg, B. 266.99, E. 4.—, K. 6.80, M. 1.—, Weithen, B. 3.—, Rassel, B. 100.—, Kottbus, B. 34.98, E. 1.50, M. 3.—, Darmstadt, B. 33.60, K. 0.90, Dettenhausen, B. 185.12, E. 2.—, K. 6.80, M. 8.15, Ebersbach i. Sa., B. 177.54, E. 1.—, Ebersfeld, B. 208.80, E. 3.50, K. 5.—, M. 2.80, Ploffenbürg, B. 16.80, K. 1.20, Gotha, B. 141.84, K. 5.90, M. 3.—, Hof

i. Bay., B. 490.84, E. 4.—, K. 12.—, Hofenleuben, B. 134.56, E. 2.50, K. 1.40, Arnsdorf, B. 26.—, K. 25.75, Königsstutter, B. 55.02, K. 6.—, M. 2.—, Kirchberg, B. 374.86, E. 17.50, K. 44.80, Riebersfelden, B. 292.50, K. 5.25, M. 8.—, Kirchhaujen, B. 75.—, Karlsruhe, B. 449.84, E. 2.—, K. 16.30, M. 5.—, Langenaltheim, B. 141.60, E. 5.50, K. 2.50, M. 4.10, Meifen I, B. 283.50, Mauer, B. 89.16, E. 16.50, K. 1.70, M. 1.40, Neustadt a. S., B. 154.02, E. 5.—, K. 5.90, Ochsenfurt, B. 320.42, E. 2.—, K. 10.80, M. 8.—, Riesa, B. 63.08, K. 3.35, Seebach, B. 42.—, E. 2.—, K. 6.—, Selb, B. 454.20, K. 0.80, M. 10.—, Schwarzenbach, B. 522.—, K. 20.—, St. Johann, B. 85.20, E. 3.—, Strehlen, B. 1445.67, E. 29.—, K. 33.90, M. 12.—, Steinach, B. 874.30, E. 9.25, K. 8.40, M. 12.—, Stargard, B. 5.46, E. 1.50, Wiesbaden, B. 1.—, E. 1.—, M. 1.—, Westerbe, B. 86.36, E. 2.—, K. 0.30, M. 1.—, Leipzig, Ab. 2.40, Tauscha, B. 12.60, K. 0.60, Zittau, E. 0.50, Straupitz, E. 0.50, Altenburg, B. 1.20, Sadersleben, B. 2.40, Dramburg, B. 1.20, E. 2.—, Rathenow, B. 4.80, Rengersfeld, B. 4.50, E. 0.50, Wittenberge, B. 6.—, K. 0.10, Kempten, B. 7.—, Jever, B. 7.20, Bennigsen, B. 8.—, Nienburg, B. 9.60, E. 0.50, K. 0.30, Pegau, B. 4.80, Wien-Oberb., Ins. 4.—, Dortmund, Ins. 2.80, Schmiedeburg, Ins. 4.80, Wünnichelburg, K. 4.50, Ulm, B. 265.68, E. 0.50, K. 4.—, M. 4.—, Ströbel, B. 378.95, E. 13.—, K. 12.80, M. 6.—, Stuttgart, B. 347.60, E. 10.—, K. 7.50, M. 10.—, Saalburg, B. 353.56, K. 11.—, M. 12.—, Speyer, B. 52.92, M. 0.60, Rimbaud, B. 106.50, Rüders, B. 23.25, Pirna, B. 9242.60, E. 87.75, K. 410.20, M. 25.—, Dösch, B. 110.52, E. 1.50, K. 0.80, M. 1.—, Ochsenburg, B. 42.—, K. 12.—, Osterwald, B. 89.20, E. 0.50, K. 5.—, M. 0.40, Mülhausen (Eif.), B. 385.50, E. 0.50, K. 19.20, M. 4.—, Meifen I, B. 34.50, Mayen, B. 340.—, Rindisch, B. 87.84, E. 1.—, M. 0.80, Kronach, B. 70.58, E. 0.50, K. 7.70, M. 0.80, Serford, B. 39.50, Grünfeld, B. 280.—, E. 5.—, M. 8.—, Frankfurt a. D., B. 9.—, Edenstetten, B. 153.20, E. 7.50, K. 6.80, M. 5.75, Eifenach, B. 361.32, E. 2.—, K. 3.50, M. 3.—, Duisburg, B. 117.25, E. 4.50, K. 2.20, M. 1.30, Dürr-Arnsdorf, B. 187.—, K. 13.—, Derdingen, B. 231.—, K. 6.50, M. 2.—, Vornburg, M. 4.50, Berlin, B. 5420.—, E. 30.—, K. 135.60, Brandenburg, B. 36.96, K. 0.20, M. 2.40, Blombacherbach, B. 133.40, E. 8.—, K. 5.80, M. 0.80, Bremke, B. 92.40, E. 1.50, K. 5.60, Bremen, B. 350.—, K. 9.50, M. 0.80, Altleben, B. 492.—, K. 10.—, M. 4.—, Amorbach, B. 10.50, E. 0.50, K. 1.—, Weicha, B. 1518.64, E. 18.25, K. 17.10, M. 20.—, Vobengrün, B. 99.96, M. 4.—, Bayreuth, B. 126.—, Gailbach, B. 61.32, K. 1.50, Paffersode, B. 60.—, Kelbra, B. 63.—, K. 9.—, Lübeck, B. 216.66, K. 0.20, M. 7.60, Maulbronn, B. 162.12, E. 5.50, Meifen II, B. 320.90, K. 0.60, Metten, B. 482.98, E. 4.—, K. 13.30, M. 8.—, Rebra, E. 1.50, Oberdorf, B. 226.36, E. 1.—, K. 20.—, Sparneck, B. 104.30, E. 0.50, K. 9.60, M. 3.20, Stadtprozelten, B. 53.88, K. 2.90, M. 2.—, Sternfels, B. 221.—, E. 1.—, K. 9.30, M. 5.60, Görlitz, Ab. 2.80, Rassel, Ins. 4.80, Benediktshuener, B. 4.80, Div. 20.—, Rathenow, B. 5.40, Seebach, K. 4.50, Mülhausen i. Thür., B. 533.26, E. 2.—, K. 16.—, M. 13.20, Martileuthen, B. 78.96, K. 0.80, Lahn, B. 47.—, K. 0.50, M. 1.60, Hafenthal, B. 191.76, E. 2.—, K. 0.80, Heilbronn, B. 210.—, Gall, B. 61.82, K. 2.10, Gefrees, B. 160.64, E. 0.50, K. 10.45, M. 10.—, Falkenhain, M. 2.—, Friedenhausen, B. 62.65, Essen, B. 353.25, E. 5.—, M. 12.—, Ebersbach i. Sa., B. 42.—, E. 0.50, K. 2.50, M. 3.—, Braunschweig, B. 109.54, K. 3.—, M. 2.60, Alt-Warthau II, B. 50.40, K. 0.60, Bede, B. 252.50, K. 20.—, M. 2.75, Emmendingen, B. 100.—, M. 4.40, Gefrees, B. 195.30, K. 0.45, Görlitz, B. 179.—, M. 5.40, Giersdorf, B. 88.68, E. 2.—, Heidelberg, K. 21.—, M. 3.—, Kappelrodt, B. 484.—, Lübeck, B. 33.50, E. 0.25, Münster, B. 16.50, Mittelsteine, B. 622.50, E. 4.—, K. 14.10, M. 9.—, Müllersstadt, B. 154.44, E. 1.—, K. 13.30, M. 4.40, Mülheim, B. 125.50, E. 4.—, K. 0.70, Sommer- und Winterhausen, B. 68.—, E. 1.—, K. 13.50, Straßburg, B. 269.—, E. 0.25, Ströbel, B. 390.75, Wertheim, B. 22.10, K. 2.80, Xreuen, K. 13.50, Schupach, B. 50.04, K. 1.—, Selb, B. 208.32, K. 1.40, Nieten, B. 112.78, E. 1.—, K. 2.30, M. 2.—, Hofsbad, B. 300.12, E. 1.—, K. 21.80, M. 2.—, Löwenberg, B. 50.—, K. 17.95, M. 4.80, Obermending, B. 95.84, E. 6.50, K. 1.60, M. 5.65, Ober-Weilau, B. 491.52, E. 1.—, K. 5.30, Neuwied, B. 55.45, E. 2.50.

Magdeburg, B. 185.—, Kappelrodt, M. 8.—, Ab. 1.20, Strögenlamig, E. 16.50, K. 0.60, M. 2.40, Kirchheim, B. 557.04, K. 0.80, Freiburg i. Br., B. 265.50, M. 6.—, Planenburg, B. 30.—, Büchelberg, B. 68.—, K. 7.—, Alt-Warthau I, B. 28.50, K. 0.45, M. 13.80, Leipzig, Ins. 8.—, Landsberg, B. 0.60, E. 0.50, Niederoderwitz, B. 4.—, Ratzwil, B. 4.—, Div. 0.24.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Jena. Das Ortsgefesent und die Schlafmarken werden jeden Abend von 6-8 Uhr in meiner Wohnung, Schlippenstraße 37, II., ausgezahlt. Hugo Kemper, Kassierer.

Mühlhausen (Thüringen). Der Kollege Otto Schultzes II aus Gotha möge seinen Verpflichtungen der Zahlstelle bezw. den Kollegen gegenüber nachkommen. — Diejenigen Kollegen, welche von den fraglichen Zahnschnittstücken gemacht haben, mögen ihre Adresse samt Vollmacht bis Ausgang dieses Monats an die Ortsverwaltung einsenden, damit ihnen der Fehlbetrag zugestellt werden kann. Die Ortsverwaltung.

Seuffen. Der Marmorhelfer Amian Wohlmutz, geboren am 14. Februar 1893 in Bad Nibling, hat hier seine Verbandspapiere in größter Unordnung liegen lassen. Christoph Frant, Kassierer.

Dulsdorf. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Ernst Lüd, geboren am 15. November 1887 zu Nixdorf (Verb.-Nr. 585), mitteilen zu wollen. G. Wellbrod, Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

Bezirk Weicha-Grimma. Vorf. u. Kass.: A. Schlegel, Weicha, Bahnhofstraße 75. — Unser Verbandsbureau befindet sich in Weicha, Bahnhofstraße 75. Sämtliche Zuschriften sind an A. Schlegel zu richten.

Darmstadt. Kass.: Peter Schmidt, Ballarplatz 3, Pths. part. Deutmannsdorf. Vorf.: Friedrich Weilhartz, Löwenberg (Schl.), Tuchmacherstraße 82.

Wegeln. Vorf.: Johann Dreihaupt, Post Dingen (Baden). Pforzheim. Vorf.: Johannes Luz, Eutingen bei Pforzheim. Kass.: Christian Ohmann, Birkenfeld bei Pforzheim. Zapfenort. Vorf. u. Kass.: Fritz Wagner.

Briefkasten.

G. Gut gemeint. Wir müssen aber derartige Inserate ablehnen. Besten Gruß! — E. in St. Wird natürlich aufgenommen, aber bitte, noch etwas Geduld. Auch die übrige Sache wird erledigt. — Böhlow. Unseres Wissens nicht. — W. K. Wegen der Sperreverhängung muß allwöchentlich berichtet werden. Ist kein Erfolg zu erzielen, so müßt ihr auch den Mut haben, die Sperre ohne weiteres aufzuheben. — M. D. in R. Darauf können wir uns jetzt nicht einlassen. Die Zahlstelle kann im nächsten Bericht darauf Bezug nehmen. — A. Die Arbeitsordnung ist nicht „behändigt“, wenn sie dem Arbeiter nur zum Durchlesen übergeben und sodann zurückverlangt wird. Das bayrische Oberlandesgericht hat einen Fabrikanten bestraft, weil er ein solches Verfahren beliebte. — E. Auf solche Utopistereien lassen wir uns nicht ein. Warum denn in solch hohen Regionen schweben? — 14. Findet später Verwendung. Aber bitte, fasse Dich in Geduld. — Silefia. Bei den letzten Reichstagswahlen sind 85 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne geschritten. — J. Findet brieflich keine Erledigung.

Anzeigen

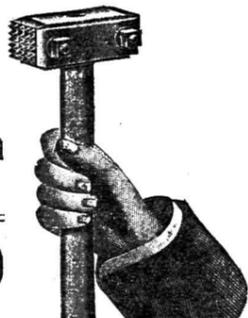
Neuheit für Steinmetzen!

Stockhammer

mit auswechselbaren Zahnflächen
Marke „Simplon“.

Prospekte gratis.

Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 12)
Härtewerk und Werkzeugfabrik.




Die besten Arbeiter-

Schürzen

Hosen, Westen, Jacketts, blaue Jacken, Unterhosen, Pelierinen, Lodenjoppen, Kindermäntel und Ulster, Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von

Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.
 Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.
 Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25
 Garantie für tadellosen Sitz.
 Billigste Preise.

Schürzen

Gausmachersteine, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadets, Leder- und Wadflin-Gosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
 Eigene Anfertigung.
 Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Neue billige Betten

Bettfedern und Daunenn. unerreicht. Qualität. Große 1 1/2schläf. Ober-, Unter-, 2 Köffen, hoch, edelrot, dicht Daunentüper m. 18 Pfd. Halbdaunen, frei ins Haus nur M. 25/2, noch garter 29/2, extrafein 34/2, m. Gämschalsdaunen 46/2. Oberbett m. Daunenn od. Zichluf, je 5.- mehr. Glanz, Dankfähr. ev. Geld zurück. Bett- u. Federliste frei. Bettensabrik Herm. Eberle, Kassel 57

Tüchtige Granitsteinmehzen

stellt ein (Bezahlung nach Tarif)
Paul Thonig, Demitz-Thumitz (Lausitz).

Tüchtige Handschleifer

bei hohen Akkordlöhnen für dauernde Arbeit gesucht.
Granit- u. Schenitwert Frohmann & Co., Reinheim (Sachsen).

2 tüchtige Maschinenarbeiter

für Kleinpflaster werden sofort bei gutem Lohn aufgenommen.
Schenitwert Schwaden, Gebrüder Stolle, Auffig (Böhmen).

Tüchtige Steinmehzen, Steinbrecher

sowie einen tüchtigen Werkzeugschmied auf Sandstein sucht
Karl Jakob, Steinbruchbetrieb, Bielefeld-Bradwede.

Steinbrecher — Ripper.

In unv. Vafaltbrüchen zu **Lichtenau b. Görlitz (Schl.)** stellen wir noch **30 tüchtige Steinbrecher und Pflastersteinschläger** (Ripper, Steinrichter), die auf Kleinpflaster eingearbeitet sind, ein.
Solzammer, Bauer & Co., G. m. b. H.

Nachruf!

Anfang Oktober verschied im Krankenhaus zu Mülheim (Ruhr) der Sandsteinmehz **Johann Cronenberg** im 30. Lebensjahre an Lungen- und Kehlkopfleidern. — Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Seine Freunde und Kollegen von Hamburg.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
 In Arnsdorf (Oberlausitz) am 7. Oktober der Granitsteinmehz **August Müller**, 64 Jahre alt, an Lungenentzündung.
 In Bunzlau am 8. Oktober der Sandsteinmehz **Ernst Koch**, 46 Jahre alt, an der Verusfrankheit.
 In Dessau am 6. Oktober der Sandsteinmehz **Otto Huch**, 26 Jahre alt, an der Verusfrankheit.
 In Kirchberg der Pflastersteinmacher **Andreas Flöber**, 49 Jahre alt, an Herzleiden.
 In Dsnabrüd am 12. Oktober der Sandsteinmehz **Herm. Hausmann**, 31 Jahre alt, an der Verusfrankheit.
 Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.
 Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Schlechte Tarifdurchführung bei der Firma Schilling.

Aus dem Mischkalksteingebiet wird uns geschrieben: Der im Jahre 1910 zwischen der Unternehmerorganisation und unserm Verbande abgeschlossene Tarif wird heute noch nicht von allen Firmen eingehalten, wie es wünschenswert wäre und die einzelnen Positionen dies bestimmen. Wir wissen allerdings, daß im Steinmehrgewerbe, besonders bei dem heutigen Stande der Architektur, die Flächen- und Gliederberechnungsart, und mögen die einzelnen Positionen scheinbar noch so klar und ungewandigt gefaßt sein, zu Meinungsverschiedenheiten führen können. Bei beiden Teilen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, muß somit das Bestreben vorherrschen, sollen nicht die Differenzen an der Tagesordnung sein, die einzelnen Teile des Tarifs korrekt und einwandfrei auszulegen. Die Auslegung der einzelnen Bestimmungen darf dem Tarif und der allgemeinen Praxis, wie sie in andern Gebieten mit gleichen oder ähnlich aufgebauten Tarifen geübt wird, nicht widersprechen; außerdem muß die praktische Arbeitsweise des Steinmehrs berücksichtigt werden. Wird in dieser Weise verfahren, so werden Differenzen ganz selten vorkommen und der Tarif ist das, was er sein soll, ein Vertrag, der genau die Arbeitsstückberechnung für eine bestimmte Zeit vorsieht. Im Mischkalksteingebiet gibt es Unternehmer, wie auf den verschiedensten Konferenzen zum Ausdruck kam, die sich bemühen, den Abmachungen Rechnung zu tragen. Beim damaligen Tarifabschluß befragten die Kollegen, daß die Firmen, bei denen noch niemals nach einem technischen Tarif gerechnet, in der Auslegung die größten Schwierigkeiten machen würden. Allgemein war man der Meinung, daß eine Firma wie Schilling anstandslos die Höhe, die vorgegeben und für Mischkalk auch niedrig waren, später zahlen würde und Differenzen gar nicht oder nur selten zu verzeichnen sein würden. Ganz besonders glaubten wir in dieser Meinung bestärkt zu sein, weil die Firma in andern Gebieten nach Tarifen bereits zahlte und dieselben von unserm Tarif in seinem technischen Aufbau nur unwesentlich abwichen, in einer Reihe von Positionen sogar mäßig übereinstimmen, mit Ausnahme der Preisfestsetzungen. In der Annahme, daß das Geschäft Schilling die Festsetzungen einhalten würde und Differenzen zu Seltenheiten gehören würden, haben wir uns arg getäuscht. Wir glauben annehmen zu können, daß bei keiner Firma soviel Streit entsteht, gerade bei Schilling. Die heutige Betriebsleitung scheint geradezu darauf auszugehen, Konflikte herbeizuführen. Inwieweit die jetzigen Inhaber der Firma mit dem Vorgehen ihrer heutigen Leitung einverstanden sind, oder billigen, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Was wir wissen, ist jedoch, daß der verstorbenen Herr Hofmeister Karl Schilling infolge seiner praktischen Erfahrung und auf Grund seiner sozialistischen Ansicht niemals einen solchen Kräfteverhältnis der ja nur dem Kleinrentner anhaftet, geduldet hätte. Der Betriebsleitung in Kirchheim ist aber an dem Ansehen, das bisher die Firma auch bei den Arbeitern genoss, nicht das geringste zu liegen, denn sonst könnten nicht die klaren Tarifpositionen abgestritten werden. Arbeiter, die anstandslos bei andern Firmen nach Tarif bezahlt werden, werden uns hier abgestritten. Vor einigen Wochen wurde Bescheidniss angefertigt, der überall in ganz Deutschland, selbst vom jüngsten Lehrburschen als solcher angesehen wird, wurde nicht als solcher bezahlt, sondern als Unterliegend mit Konjolen bezeichnet und bezehnet. Warum dies? Die Kollegen hätten einmal einen Tagelohn daran verdient, und das Scheinen die Herren Stahl und Schmidt nicht zu wollen. Die Kollegen waren gezwungen, die Arbeitsstücke liegen zu lassen. Kollege Rohde erzielte mit Herrn Schmidt eine Einigung, mit der wir uns heute noch nicht einverstanden erklären können, jedoch um des lieben Friedens willen, wurde die Abmachung getätigt. Später wurden Unterliegendstücke mit Konjolen bezeichnet gemacht; hier will die Firma die im Tarif vorgegebene Kropfzulage von 25 Zentimeter Profillänge nicht bezahlen. Diese Berechnungsart ist höchst sonderbar. Jeder praktische Steinmehrer weiß, daß gerade diese Ar-

beiten sehr schwer zu machen sind, und selbst eine Gestmälängenzulage von 25 Zentimeter für jede einzelne Verkörperung nicht im entferntesten der Arbeitsleistung entspricht. In andern Gebieten wird solche Arbeit auch höher bewertet. Herr Direktor Stahl und Herr Betriebsleiter Schmidt, die angeben, selbst einstmals als Steinmehrer gearbeitet zu haben, sind jedoch anderer Meinung. Wir wundern uns ja darüber nicht, denn solche Sachen lassen sich eben so leicht auf das Papier zeichnen als andre, und es ist schon sehr, sehr lange her, daß sie den Knüffel schwingen. Die Firmenvertreter behaupten, der Tarif sei in diesem Punkte nicht ganz klar. Wir behaupten das Gegenteil und sagen: gerade in dieser Position besteht eine Klarheit wie in wenigen andern. Im Tarif heißt es ausdrücklich: die verkörperten Profile usw. Verkörperungen sind nach dem Steinmehrbegriff diejenigen Profile, die ineinander laufen und einen tiefliegenden Grad bilden. Bei keiner Firma hat dieser Punkt bis jetzt zu Streit geführt. Als die Kommission des Herrn Stahl vorhielt, soll er geantwortet haben, unser Kollege hätten dies den andern Firmen herausgesprochen. Dies ist eine Unwahrheit. In den letzten Tagen sind wieder Differenzen wegen fein harter Flächen entstanden, und so geht es weiter. Aus dem Geschichtsbuch der Kollegen, wie wir bei der Firma Schilling gestellt sind. Die Kollegen müssen aber unter allen Umständen die allergenaueste Tarifberechnung fordern. Disziplin ist notwendig. Von der Ortsverwaltung und der Gauleitung fordern wir aber, daß sie dem Betriebe die größte Aufmerksamkeit widmen.

Die Schädigung der Nation durch Streiks.

Daß es heute noch Leute gibt, die hinter jedem Streit die Hydra der Revolution erblicken, ist bekannt. Unzählig aber sind diejenigen, die noch glauben, Streiks ziehen für die Arbeiter wie für die Gewerbe und schließlich für die ganze Volkswirtschaft bedeutenden Schaden nach sich. Wäre letzteres der Fall, dann müßte es mit untrer industriellen Entwicklung recht schlimm stehen. Es ist aber nicht so. Man kann sehr gut den Nachweis liefern, wie Streiks der — wenn man den Ausdruck gebrauchen will — nationalen Arbeit förderlich gewesen sind. Der durch Streiks und Lohnbewegungen erzielte Mehrlohn, die erkämpfte Arbeitszeitregelung sowie die durch die Kämpfe gewonnene Stabilität in Erwerbsfragen, hat der nationalen Arbeit nur nützen können. Tarifverträge, paritätische Arbeitsnachweise, die Unterhaltung von Arbeitslosen und Kranken durch die Gewerkschaften, die Stärkung der Moral in der Arbeiterklasse, alles das sind Dinge, die dazu beigetragen haben, daß Deutschland heute auf eine so glänzende industrielle Entwicklung zurückblicken kann.

Wer kein Ignorant ist und dem der Haß gegen die Gewerkschaften nicht die richtige Ueberlegung geraubt hat, wird diesen Erfolg der Arbeiterbewegung einsehen. Wie jämmerlich einzuschätzen sind doch die fortwährenden Versuche, immer wieder die Streiks als nationales Unglück zu bezeichnen. Sie wären es, wenn den berechtigten Forderungen der Arbeiter freiwillig Rechnung getragen würde; so aber stände es schlimm um die Millionen Arbeiter, wollten sie auf die Waffe des Streiks verzichten. Heute ist es doch so, daß die Gewerkschaften jeden Fußbreit Boden, der zum wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse führt, erkämpfen müssen. Also: Streiks sind leider notwendig, will die Arbeiterklasse wirtschaftlich vorwärts kommen.

Wie erbärmlich die Feinde der Arbeiter die Gewerkschaften und die Streiks in Mißkredit zu bringen suchen, dafür gibt ein Artikel ein Schulbeispiel ab, den wir in der letzten Nummer der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ finden. In diesem Artikel wird im langen und breiten auf die Schädigung der nationalen Arbeit durch Streiks hingewiesen. Und als hauptsächlichstes Argument gegen Streiks werden die Zahlen der verlorenen Arbeitstage infolge der Ausstände angeführt. Innerhalb 12 Jahren seien 47 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen.

Wir bemerken, daß jetzt auch die christlichen Gewerkschaften anfangen, sich derselben Waffe gegen die freien Gewerkschaften zu bedienen, wie das genannte Scharfmacherorgan.

Wie steht es nun mit der angezogenen Behauptung, es gehen infolge der Streiks der Volkswirtschaft Arbeitstage verloren? In den letzten 12 Jahren waren es 47 Millionen Tage, im Jahre 1911 allein 6 864 240 Tage! „Welcher Müßiggang!“ Welches Unglück für die Industrie!“ So schreien die Arbeiterfeinde auf! Aber diesem „Müßiggang“ und diesem „Unglück“ kann wirksam entgegengetreten werden, wenn man sich mehr dazu bequemen würde, den Arbeiterwünschen Rechnung zu tragen. Aus Bergnügen streifen Arbeiter nicht. Also schädigen die Ausstände — was noch bewiesen werden muß — die nationale Arbeit, dann sind die Verantwortlichen für diese Schädigung doch jene Leute, die den Arbeitern den richtigen Anteil am Arbeitsertrag und Arbeitsvertrag vorenthalten.

Doch einige Bemerkungen zu der Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage. Die Herrschaften, die sich nach jedem Streit hinsetzen und solche Berechnungen wie oben anstellen und ausnützen, sollten sich einmal hinter den Studiertisch setzen und nachrechnen, wieviel Tage der nationalen Arbeit der Volkswirtschaft verloren gehen, weil man es für gut hält, der Arbeiterklasse in ihrem wirtschaftlich-kulturellen Aufstieg hindernd in den Weg zu treten, und weil es ferner an dem nötigen Schutz fehlt, den die Arbeiter und ihre Familien verlangen können. Wir verweisen auf die Unfälle ziffern. Im Jahre 1910 wurden bei den Berufsgenossenschaften nicht weniger als 6 72 961 Unfälle angemeldet. 8857 Arbeiter verunglückten tödlich, 1072 wurden durch Unfall völlig erwerbsunfähig, 47 696 teilweise und 74 439 Arbeiter vorübergehend erwerbsunfähig. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung und die schlanen Christenführer, die über die verlorenen Arbeitstage beim letzten Bergarbeiterstreik jammern, mögen einmal nachrechnen, wieviel Unfälle hätten vermieden werden können, wenn den Arbeitern der nötige Schutz gewährleistet worden wäre. Wir behaupten, die Hälfte Unfälle, die tödlichen, die schweren wie die leichten, hätten sich vermeiden lassen, wenn man in dem Arbeiter mehr den Menschen gesehen hätte, mehr das Subjekt, nicht das Ausbeutungsobjekt.

Würden wir annehmen, daß allein von den getöteten 8857 Arbeitern die Hälfte ihr Leben behielten, und nehmen wir weiter an, daß diese Leute im Durchschnitt noch 10 Jahre gelebt hätten, dann kommen mehr als 16 Millionen gewonnene Arbeitstage heraus.

Im Jahre 1910 kamen insgesamt in den deutschen Krankenkassen 5 712 293 Krankheitsfälle mit insgesamt 113 530 003 Arbeitstagen, für die Krankengelder gezahlt wurden, vor. Wer will bestreiten, daß bei gesunden Arbeitsverhältnissen sich nicht die Hälfte der Krankheiten verhindern läßt? Selbstverständlich gehört auch dazu, daß der Arbeiter sich kräftig nähren und gut wohnen kann und daß er sich sonst berechtigterweise das leisten kann, was seine Gesundheit aufrecht erhält. Die verbleibende Krankheitsziffer wäre dann immer noch hoch. Rechnen wir dann noch die verlorenen Arbeitstage hinzu, die durch Unfall verursacht wurden und für die die Krankenkassen später nicht mehr aufzukommen hatten, dann stehen die Dinge so, daß der Volkswirtschaft jährlich auch hier 50—60 Mill. Arbeitstage gepart werden können. Wollen sich die Unternehmerröcklinge nicht einmal hinsetzen und die Lebensdauer der Arbeiter mit der der Nichtsteuer, überhaupt der Bessergestellten vergleichen? Was da an Tagen, Jahren und Leben den Arbeitern gestohlen wird, schreit zum Himmel! Und alles das infolge der kapitalistischen Ausbeutung!

Und wieviel Berufsinvaliden laufen nicht herum, die infolge schwerer und ungesunder Arbeit krank, oft in jungen Jahren, haben niederlegen müssen. Millionen und Abermillionen Tage lassen sich auch hier herausholen, die der nationalen Arbeit in einzelnen Jahren verloren gehen. Und wenn die Frauarbeit und Frauenausbeutung fleck und franks Frauen zu Tausenden schafft, und wenn Not und Armut tausende Wagnertinnen frühzeitig sterben läßt, und wenn schließlich derselbe Jammer uns die hohe Kindersterb-

Tunnelbau für Gebirgsbahnen.

Nachdruck verboten.

Bei fast allen Gebirgsbahnen sind Tunnel erforderlich. Die Verfertigung dieser Anlagen erfordert meist umfangreiche und zeitraubende Spreng- und Ausgrabungsarbeiten im Gestein. Besonders interessant gestalteten sich diese Arbeiten bei der Herstellung der höchsten Bergbahn der Schweiz.

Die vor kurzem erfolgte feierliche Eröffnung einer der letzten Stationen der Bergbahn auf den fast 4200 Meter hohen Gipfel der Jungfrau hat die Augen der Kulturmenschen auf das gewaltige Unternehmen gelenkt. Ueber die historische und technische Entwicklung des Plans einer Jungfrauabahn dürften daher folgende Angaben Interesse finden:

Bereits am 16. Oktober 1859 reichte Ingenieur Köhlin dem schweizerischen Bundesrat ein Konzeptionsgesuch für eine Eisenbahn von Lauterbrunnen auf den Gipfel der Jungfrau ein. Sie sollte in eine Talbahn Lauterbrunnen-Steinbock und in eine Bergbahn Steinbock-Jungfrau zerfallen. Für letztere waren fünf aufeinander folgende Seilbahnen vorgesehen. Die vertikale Gesamterhebung betrug 3175, die Gesamtlänge der projektierten Tunnel 5460 Meter, die Maximalsteigung 50 Prozent.

Schon 6 Tage später, am 22. Oktober 1859, lief im Bundesrat in Bern ein zweites, das nämliche Projekt betreffendes Konzeptionsgesuch ein. Ingenieur Trautwiler wollte die Bahn ungefähr 3 Kilometer oberhalb Lauterbrunnen ebenfalls in vier sich unmittelbar anschließenden Drahtseilbahnen bis etwa 30 Meter unter die Jungfrauhöhe führen. Von diesen vier Bahnen sollte die steilste eine Steigung von 98 Prozent bekommen. Die vier Tunnel hätten eine Gesamtlänge von 6500 Metern erhalten.

Dals wurde jedoch ein drittes Gesuch für eine Jungfrauabahn eingereicht und zwar von dem Erbauer der Pilatusbahn, Ingenieur Cocker in Zürich. Dieser hatte für die Pilatusbahn ein ganz neues System konstruiert. Die zwei bis dahin gebräuchlichsten Systeme, das Rigenbachsche und das Adlische, gestatteten nur eine Anwendung bis zu einer Steigung von 25 bis 36 Prozent. Da Cocker bei der Pilatusbahn mit einer Maximalsteigung von 48 Prozent zu rechnen hatte, verwandte er eine in der Mitte der beiden Laufflächen angebrachte, aber liegende und an beiden Seiten verzahnte Eisen-

schiene, eine sogenannte Camelle. Rechts und links an dieser Bahnhänge sind an der Lokomotive an vertikalen Achsen befestigte Bahnräder angebracht; ihr Eingriff erfolgt also in horizontaler Richtung.

In einer 1890 erschienenen Broschüre vertrat Cocker die Ansicht, daß die oberen zwei Drittel der Bahnhänge der Bitterungsanstöße wegen nicht oberirdisch geführt werden könnten, sondern als Tunnel hergestellt werden müßten. Ferner sei Lokomotivbetrieb in langen Tunneln des Ranges und Geräusches wegen von vornherein ausgeschlossen. Seilbahnen seien der geringen Leistungsfähigkeit und der längeren Fahrzeit halber nicht zu empfehlen. Diese Umstände hätten ihn zur Erfindung eines neuen, patentierten Bahnhängens gebracht. Nach demselben sollten zwei kontinuierliche Tunnelstrecken von je 3 Meter Durchmesser und 6,5 Kilometer Länge hergestellt werden, in deren jeder sich ein Wagen in Gestalt eines auf Schienen und Rollen geführten Kolbens von kreisrundem Querschnitt durch von unten her mehr oder weniger verdichtete Luft auf- und abwärts zu bewegen hätte. Die Fahrt durch diesen Tunnel, also die vertikale Erhebung von über 3100 Metern, sollte in 15 Minuten erfolgen.

Alle drei Projekte, von denen keins zur Ausführung kam, haben ungefähr die gleiche Lage. Cockers Projekt schloß jede Zwischenstation aus; seine Bahn konnte also nur die Rundfahrt vom Jungfraugipfel bieten.

Das dann zur Ausführung gekommene Projekt Super-Jeller vermeidet diesen Fehler in geschickter Weise. Bekanntlich gab es bis die von Interlaken ausgehende Berner Oberlandbahn in zwei Längsachsen nach den beiden Mittelländertälern und endet in dem einen bei Lauterbrunnen, im andern bei Grindelwald. Von diesen beiden Dörfern führt die (20. Juni 1895 eröffnete) Bernalpabahn auf die 2064 Meter hohe Kleine Scheidegg. Es war nun Super-Jeller klar, daß eine künftige Jungfrauabahn ihren Ausgang nicht mehr von der Talhöhe, sondern im Anschluß an die eben eröffnete Bernalpabahn, und zwar auf der Station Kleine Scheidegg, nehmen müßte, wodurch die zu überwindende Höhenifferenz um mehr als 1100 Meter reduziert würde. Super-Jellers Linie geht denn auch von der Kleinen Scheidegg zunächst bis zum Eigergletscher. Diese Strecke führt der Bahnhöhe entlang, mit Ausnahme eines kleinen Tunnels von 844 Meter in offener Linie. Hier erreicht die Bahn schon eine Höhe von 2321 Meter, hat also auf einer Länge von nur 2 Kilometer bereits eine Höhenifferenz von 257 Meter zu überwinden.

Bei der Station Eigergletscher tritt die Bahn in den großen Tunnel ein, um ihn nicht mehr zu verlassen. Der Tunnel hat eine Länge von 10,5 Kilometer. Bei einer Breite von 3,7 Meter beträgt die Höhe 4,85 Meter und der Querschnitt rund 16 Quadratmeter. Oben ist der Tunnel halbkreisförmig abgerundet.

Die erste Tunnelstation ist die Station Rothstock (2520 Meter über dem Meeresspiegel), von der aus ein Weg auf den Rothstockspizel führt. Die zweite Haltestelle ist Eiger (Grindelwald). Sie hat eine Höhe von 2812 Meter und ist, wie alle andern nach ihr, Felsenstation. Ein großer Galtstellerraum ist im Berge selbst ausgehauen. Die Decke dieser Halle wird durch stehengelassene Felsensäulen gebildet. Wände, Decke und Boden sind mit Holz verkleidet. Der Raum ist elektrisch beleuchtet und kann auch elektrisch geheizt werden. Neben ihm sind Schlafzimmer für diejenigen Passanten, welche eine Nacht oben zubringen wollen, Wohnräume für den Stationsvorstand, Restaurant usw. Der Hauptraum hat nach der Berglehne hin große, fensterartige Öffnungen mit Balkonen, die man im Winter in den Innenraum zurückzieht.

Von der Station Eiger geht der Tunnel mit einer Kurve von 550 Meter Halbmesser weiter und erreicht auf der Südseite des Eiger in einer Höhe von 3160 Metern die Station Eismeer (Kalifien). Sie ist ähnlich eingerichtet wie die vorige, gewährt aber eine durch-aus andre Aussicht. Dann geht die Anlage in gerader Linie nach Westen bis zur Station Jungfrauoch. Die früher zwischen dieser und der vorigen geplante Station Oberes Mönchloch ist aus technischen Gründen nicht als vorteilhaft erkannt und dementsprechend aufgegeben worden. Dadurch konnte die Station Jungfrauoch von Eismeer aus mit einer Steigung von nur 6 1/2 Prozent erreicht werden. Diese Station, 3420 Meter hoch gelegen, ist eine der interessantesten. Sie ist eine Doppelstation. Vom Haupttunnel führen zwei Seitenlinien nach Norden und Süden. Der erste Schritt zur Station hinaus führt direkt auf den Jungfraugipfel. Vom Jungfrauoch wird die Bahn mit 25 Prozent Steigung bis zur Felsenstation Jungfrau (4093 Meter über dem Meeresspiegel) weitergeführt werden. Von hier wird man nach Vollendung der gesamten Anlage mittels eines elektrischen Aufzuges von 73 Meter Länge den Gipfel erreichen.

Die Konzession enthält eine Klausel, die den Erbauer verpflichtet, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Beförderung der Passagiere auf eine Höhe von über 3000 Metern für deren Leben und Gesundheit nicht gefährlich sei. Der Erbauer der Jungfrau-

... in der Arbeiterklasse bringt, was ist das weiser, als kapitalistischer Raub am Menschenleben und an der Volkswirtschaft zugleich.

Das ist sicher, die Gewerkschaftskämpfe, wie der wirtschaftlich-politische Kampf der Arbeiter überhaupt, verhindern vieles, sonst läge es noch schlimmer aus.

Wir gehen nicht fehl, wenn wir schreiben, daß der moderne Arbeiterkampf — sozial, politisch, geistig und wirtschaftlich — der Volkswirtschaft jährlich mehr Arbeitstage erspart, als durch die Streiks verloren gehen. Dabei wird noch der Schaden, den die Streiktage bringen und soweit sie als verlorene Arbeitstage zu buchen sind, zum allergrößten Teil nach dem Streik wieder wett gemacht. Und denken nicht die Schmäher daran, was die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nachholen müssen bezüglich der Erziehung der Arbeiterklasse. Wissen sie nicht, wie erbärmlich diese Erziehung vor sich geht, die gleichfalls sich später an der Volkswirtschaft rächt? O, das wissen die literarischen Klopfflechter sehr wohl. Aber ihnen kommt es nicht darauf an, der Wahrheit die Ehre zu geben und der nationalen Arbeit wirklich zu dienen, ihnen geht die Verleumdung der kämpfenden Arbeiterklasse über alles. Deshalb auch das Geschrei über die durch Streiks verlorenen Arbeitstage.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Ansprüche auf Kranken- und Sterbegeld, sowie Renten bei versuchten oder vollendetem Selbstmord.

a) Krankenversicherung.

Sowohl nach den bisherigen Sozialgesetzen, wie auch nach der Reichsversicherungsordnung können die Ansprüche verjährt werden, wenn der Versicherte sich die Krankheit, den Unfall oder die Invalidität vorsätzlich zuzieht. Trotzdem ist unter gewissen Umständen nicht allein bei versuchten, sondern auch bei vollendetem Selbstmord sowohl Kranken- wie Sterbegeld und ebenfalls Rente zu gewähren. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat bereits in mehreren Entscheidungen den Anspruch auf Krankengeld in solchen Fällen für berechtigt anerkannt, in denen die Krankheit die Folge eines Selbstmordversuchs war. Es wurde dabei angenommen, daß die Erkrankten den Tod gewollt, aber nicht gefunden hätten, und daß die Verlegung des Krankengeldes nach § 26a des R.-V.-G. sich nur dann rechtfertigen lasse, wenn der Erkrankte „wußte oder wissen mußte“, daß das zur Herbeiführung des Todes gewählte Mittel zunächst eine Erkrankung zur Folge haben werde. Die Fälle werden nun wohl meistens so liegen, daß lediglich die sofortige Tötung gewollt und die bloße Verletzung gar nicht erwogen wurde, so daß die durch den vereitelten Selbstmordversuch verursachte Krankheit auch nicht als „eventuell gewollt“, mithin nicht als vorsätzlich herbeigeführt angesehen werden kann. Um ein Beispiel aus der Praxis anzuführen, sei folgender Fall erwähnt: Ein junger Mann unternahm insofern einen Selbstmordversuch, als er sich die Kehle durchschnitt. Die Verletzung führte nicht zum Tode, verursachte aber die sofortige Aufnahme des Verletzten in das Krankenhaus. Die in Betracht kommende Ortskrankenkasse wollte nur freie ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel gewähren, verweigerte aber weitere Unterstützungen, weil Kläger ihrer Meinung nach sich die Krankheit vorsätzlich zuzugewogen habe. Auf erhobene Beschwerde entschied der Magistrat zu Halle a. S. dahingehend, daß die Kasse die vollen statistischen Leistungen zu gewähren habe. Daß der Kläger sich die Verletzung selbst zugezogen habe, sei unbestritten, doch fehle der Vorsatz, da er dies nach Schilderung des Chirurgen des Krankenhauses ungewissheit in der festen Absicht getan habe, sich das Leben zu nehmen. Für diese Annahme spreche die Schwere der Verletzung (völlige Durchschneidung des Kehlkorpels). Eine solche Selbstmordabsicht aber schließe den Tatbestand einer vorsätzlichen Zuziehung einer Krankheit aus. — Geistesgestörtheit schließt den Vorsatz natürlich in allen Fällen aus. — Das Sterbegeld ist zu zahlen ohne Rücksicht auf die Todesursache, also regelmäßig im Falle des Selbstmordes.

b) Unfallversicherung.

Bei der Unfallversicherung beruht vorsätzliches Herbeiführen des Unfalles, also der auf die Herbeiführung einer körperlichen Verletzung gerichtete Vorsatz, der die Zurechnungsfähigkeit des Handelnden erfordert, den Verletzten des Entschädigungsanspruchs. Reichsfinn, selbst hohen Grades, schließt den Anspruch nicht aus. Der Nachweis, daß eine vorsätzliche Herbeiführung des Unfalles vorliegt, muß nach Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, da es sich um eine Ausnahmebestimmung handelt, aber streng geführt werden, und zwar bis zu dem Grade, daß der unbeabsichtigte Eintritt des Unfalles nach Lage der Sache und verständigem Ermessen ausgeschlossen erscheint. Vorsätzliche Herbeiführung ist nicht anzunehmen, wenn zwar Selbstmord vorliegt, dieser aber infolge geistiger Gestörtheit im Zu-

stande der Unzurechnungsfähigkeit begangen ist. Ist die letztere durch einen Betriebsunfall verursacht, so haben auch die Hinterbliebenen des Getöteten Anspruch auf Entschädigung, da unter solchen Umständen der Tod eine mittelbare Folge des Betriebsunfalles darstellt. Auch hierzu ein paar Fälle aus der Praxis: Ein Arbeiter wurde infolge eines geringfügigen Unfalles dem Krankenhaus überwiesen und sprang dort eines Nachts infolge Fieberwahns (Delirium tremens) zum Fenster hinaus. Die dadurch hinzugezogene Fußverletzung wollte die Berufsgenossenschaft aber nicht als Unfallfolge ansehen. Da der Verletzte zur Zeit seines ersten Unfalles und auch bei Entlieferung in das Krankenhaus vollständig nüchtern war, wurde auf Grund der ärztlichen Gutachten angenommen, daß der Ausbruch des Deliriums durch den zwölf Tage vorher erfolgten ersten Unfall bedingt sei. Somit wurde seitens des Reichsversicherungsamts ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem ersten Unfall und dem Sturz aus dem Fenster angenommen und die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung des letzteren verurteilt. — Ein Arbeiter hatte sich im Jahre 1901 einen linksseitigen Rippenbruch und Verstauchung der linken Hüfte zugezogen. Hierfür bezog er eine Rente von 33 1/2 Prozent. Im Jahre 1906 sprang er eines Tages plötzlich in die Saale. Seit dem Unfall hatte der Verstorbene regelmäßig Arbeiten nicht mehr verrichtet, auch führte er öfters wirre Lebensarten und äußerte Selbstmordgedanken. Hierfür konnten — was in solchen Fällen von großer Wichtigkeit ist — Zeugen angegeben werden. Unter diesen Umständen gelang es, für die Hinterbliebenen die gesetzliche Rente herauszuholen. — Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts ist der Selbstmord eines Schwindsüchtigen als eine mittelbare Unfallfolge angesehen worden, weil angenommen wurde, daß der Verletzte den Selbstmord unter dem Druck der von seiner Krankheit ausgehenden seelischer Niedergeschlagenheit und nach erheblicher Herabsetzung seiner geistigen und moralischen Kräfte begangen hat. — Dagegen ist Selbstmord in einem Anfall von Schwermut aus Furcht vor einer Operation nicht als Unfallfolge anerkannt worden. Wenn den Verletzten nämlich die Unfähigkeit, die Schmerzen länger zu ertragen, oder die Furcht vor der bevorstehenden Operation zum Selbstmord getrieben hat, so beruht deshalb doch die Tat selbst auf seinem Entschluß. Dieser Entschluß hebt aber den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Selbstmord auf.

Stimmen und klagen über die Verdorbenheit der Menschen, ohne eine Hand zu regen, ist weiblich. Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich. Handeln! handeln! Das ist es, wozu wir da sind. Johann Gottlieb Fichte.

c) Invalidenversicherung.

Wegen unternommenen Selbstmordversuchs wurde die Invalidenrente in folgendem Falle zugesprochen. Der in Betracht kommende Versicherte hatte eines Tages eine gerichtliche Vorführung in einer Strafsache wegen Unterschlagung angekündigt erhalten, geriet hierüber in große Aufregung und schob sich eine Kugel in den Kopf, welche Verletzung aber nicht den Tod, sondern Erblindung herbeiführte. Die Versicherungsanstalt wies den Invalidenrentenantrag zurück, da die Erwerbsunfähigkeit vorsätzlich herbeigeführt worden sei. Dieser Vorsatz sei nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts (amtliche Nachrichten 1899, Seite 285) auch bei dem Falle eines in zurechnungsfähiger Absicht begangenen Selbstmordes anzunehmen. Es sei nicht erforderlich, daß gerade die Absicht, sich durch Selbstverwundung erwerbsunfähig zu machen, vorgelegen habe, es genüge vielmehr der Vorsatz der Handlung im allgemeinen. Das Schiedsgericht zu Weimar sprach dem Verletzten jedoch die Rente zu. Die Begründung geht u. a. dahin, daß eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß der Geisteszustand des Klägers durch vorherige langdauernde Ueberanstrengung im Betriebe seines Arbeitgebers (Anzeichen: verkürztes Wesen und Kopfschmerz); fortwährende Sorge wegen der zu erwartenden Verurteilung infolge bereits erlittener Vorstrafen mit den schwerwiegenden Folgen für Freiheit, Stelle und Familienleben; ferner durch den Schreck beim Erscheinen des Schutzmannes und vor allem durch die Wahrnehmung der unweilvollen Wirkung der Verhaftung auf seine nichtsahnende Ehefrau so sehr getrübt und schließlich erschüttert worden ist, daß er in seiner krankhaften Affekt-handlung zu dem von ihm bei Betriebsunfällen oft getragenen und daher immer bereit liegenden Revolver griff. Die von der Versicherungsanstalt gegen das Urteil des Schiedsgerichts eingereichte Revision hat das Reichsversicherungsamt aber unterm 3. August 1912 mit dem Hinweis verworfen, daß mit dem ärztlichen Gutachter angenommen werden müsse, der Kläger habe den Selbstmordversuch in einer krankhaften Affekt-handlung begangen und somit seine Invalidität nicht vorsätzlich herbeigeführt.

Zum preussischen Wahlrechtskampf.

Am 20. Oktober sind vier Jahre verflossen, seitdem der König von Preußen den neugewählten Landtag mit einer Thronrede eröffnete, in der als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des Dreiklassenwahlrechts bezeichnet wurde. Dieses Versprechen des Königs ist bisher nicht eingelöst worden. Der von dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten im Jahre 1910 unternommene Scheinversuch, eine Reform des Wahlrechts in die Wege zu leiten, wirkte vielmehr als eine Verhöhnung der entrechteten Massen preussischer Staatsbürger. Der Entwurf scheiterte an seinem eigenen Widerspruch während der Verhandlungen in den gesetzgebenden Körperschaften. Die Regierung hat die Einlösung des königlichen Versprechens im Landtage nicht mehr vertreten, sich vielmehr bei der Beratung der fortschrittlichen Anträge hinter die Ausrube verschanzte, im Landtage sei eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform nicht vorhanden.

Am 22. Oktober wird nun der Landtag zu seiner letzten Session vor den im nächsten Jahre fälligen Neuwahlen zusammengetreten. Das arbeitende Volk hat ein starkes Interesse daran, bei dieser Gelegenheit den Landtag sowohl als die Regierung daran zu erinnern, daß die Reform des preussischen Wahlrechts im Volke noch immer als die dringlichste Aufgabe der Gegenwart angesehen wird, und daß es nicht geneigt ist, die Entrechtung geduldig zu ertragen. Die Führerin im Wahlrechtskampf, die sozialdemokratische Partei, hat für den 20. Oktober Massenversammlungen in Preußen in Aussicht genommen, in denen die preussischen Wahlhaber an das Versprechen der Thronrede von 1908 wieder erinnert werden sollen und die den Willen des Volkes, für die Einlösung des königlichen Versprechens einzustehen, bezeugen werden.

Das große Interesse der Gewerkschaften an der preussischen Wahlrechtsfrage ist von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Dem preussischen Landtage unterstehen wichtige sozialpolitische Gebiete, die in die Arbeitsverhältnisse von Millionen von Arbeitern eingreifen. Ihm untersteht nicht minder die Kontrolle der Ausführungen von für die Gewerkschaften wichtigen Reichsgesetzen durch die preussische Regierung und ihre Behörden. Beispielsweise wird die Bundesratsverordnung nirgendwo schlechter durchgeführt wie in Preußen. Es hat sich noch kein Abgeordneter aus bürgerlichen Kreisen gefunden, welcher für den speziellen Schutz der Steinarbeiter eingetreten wäre. Nur die Sozialdemokraten werden und in dieser Hinsicht unterstützen. — Das geltende Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeiterfeinde die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niedertreten, den politischen Fortschritt hemmen und allen reaktionären Anschlägen Vorschub leisten. Von dieser Politik werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Organisationen am schwersten betroffen. Sie haben daher ein lebendes Interesse daran, daß die preussische Wahlrechtsfrage auf demokratischer Grundlage gelöst wird, damit auch im preussischen Landtage die gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen eine gebührende Vertretung finden.

Es ist bei dieser Sachlage notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich an den Versammlungen am 20. Oktober vollzählig beteiligen und dadurch zum Ausdruck bringen, daß die jetzige Grundlage für die Zusammenfassung des preussischen Landtages ihren Interessen und Wünschen ebensowenig entspricht, wie die von diesem Landtage in allen sozialpolitischen und sonstigen Arbeiterfragen bisher eingenommene Haltung.

Literarisches.

Kindemann, Dr. D.: Die Erde. Eine allgemein verständliche Geologie. Bd. 1: Geologie der deutschen Landschaften. Lieferung 2, 3, 4. Vollständig in 10 Lieferungen à 80 Pfg. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Französische Verlagshandlung), Stuttgart. — Man muß dem Verfasser Dank wissen, daß er trotz der Schwierigkeit des Themas uns so ein übersichtliches und anschauliches Bild von der geologischen Gestaltung Deutschlands geben kann. Wer da weiß, wie schwer es ist, die täglich fortschreitende wissenschaftliche Forschung zweckgemäß zu verarbeiten und zu einem großen Ganzen zu verschmelzen, wird Kindemanns Verdienst anerkennen; er beherrscht seinen Stoff vollkommen und weiß sich doch trotz aller wissenschaftlichen Strenge von jedem trockenen Lehrhaften fern zu halten. Ausgezeichnete Abbildungen, teils schwarz, teils farbig, im Text und auf Beilagen, und scharfe Zeichnungen der Leitfossilien auf Tafeln unterstützen die flüssige Darstellung. Verlag wie Verfasser scheuen also keine Mühe, um ein möglichst vollkommenes Werk zu liefern. Die Anschaffung des Wertes kann nur wärmstens empfohlen werden.

Die Statik an Baugewerkschulen. 1. Teil. (Verfaßt von den Ingenieuren Pisch und Pohl.) Noch selten haben wir in einem technischen Werke eine solche Fülle von Anregungen gefunden, wie in dem genannten. In wirklich einfacher Weise haben es die Verfasser verstanden, dem Lernenden die schwierige Materie klarzulegen. Soweit Mathematik in Frage kommt, ist es mit dem Selbststudium ziemlich aus, weil die Materie zu toll ist. Aber um so mehr müssen wir den Verfassern Anerkennung zollen, daß sie es verstanden haben, den präden Stoff so lebendig zu gestalten. Der Preis des Buches beträgt 1.80 Mark und der Baedeker Verlag in Essen hat das selbe sehr nett ausgestaltet.

bahn, der verstorbene Guyer-Zeller, holte zu diesem Zweck eine Reihe von Gutachten ein, die alle dahin übereinstimmten, daß der kurze Aufenthalt in einer Höhe von 4200 Metern für den gefunden Menschen nicht schädlich sei, vorausgesetzt, daß diese Höhe bequem, ohne große körperliche Anstrengung, erreicht werde. Der schweizerische Bundesrat erklärte auf Grund dieser Gutachten den verlangten Beweis als erbracht und hob die diesbezügliche Klausel auf. Um für die Bauausführung und den Betrieb geeignete Vorschläge zu erhalten, wurde ein Wettbewerb veranstaltet; darauf wurden 48 Pläne eingereicht, von denen 16 mit 24 000 Mark prämiert werden konnten. Die wichtigste aller Einreichungen war die mit 4000 Mark gekrönte Arbeit des Ingenieurs Strub in Interlaken. Er erfaßt ein neues Bahntangensystem, das bei der Jungfraubahn seine erste Anwendung fand. Die Spurweite dieser Gebirgsbahn beträgt einen Meter.

Die geologischen Verhältnisse im Bahngebiete sind die denkbar besten. Die erste offene Sektion der Bahn bleibt im südlich einfallenden Dogger, dem braunen Jura; die zweite, dritte und vierte Sektion liegen im Hochgebirgsalt (Malm), dessen homogene und feste Beschaffenheit die Tunnelausmauerung überflüssig macht. Von 3600 Meter an wird Gneis angetroffen.

Als elektrisches Betriebssystem wurde dreiphasiger Wechselstrom gewählt. Zwei Wasserkräfte stehen zur Verfügung, welche die weiße Maschine zu Lauterbrunnen und die schwarze zu Burglauen liefern. Das Gefälle beträgt dort 38, hier 150 Meter. Es sind so über 11 000 Pferdekraft verfügbar. Das meiste Wasser ist gerade dann vorhanden, wenn die meiste Kraft gebraucht wird: im heißen Sommer, wenn die Gletscher und der Firn schmelzen und die meisten Fremden die Schweiz und die Jungfrau besuchen.

Die zurzeit im Bau begriffene Jungfraubahn ist ein eigenartiges, bisher einzig dastehendes Unternehmen, welches nicht nur die besten technischen Hilfsmittel erfordert, sondern auch an die Arbeiter und Beamten ungemein hohe Anforderungen stellt. Ueber das Leben und Treiben, das sich durch den Bau der Bergbahn hier bis zur Fertigstellung der Verbindung mit der unteren Station in der Einsamkeit der Natur während der ersten Baujahre entwickelte, wollen wir folgendes mitteilen: Am Nordrande des Eigergletschers wurde vor Jahren die Niederlassung errichtet, von der aus die Arbeiten betrieben wurden. Zu diesem Zweck mußten hier folgende Gebäude errichtet werden: ein großes Lebensmittelmagazin mit sehr geräumigen Kellern sowie mit Bureau und Wohnung des Magazinverwalters; eine einstöckige und eine zweistöckige Baracke mit zusammen 80 Betten und beson-

deren Zimmern für die Vorarbeiter; ein 30 Meter langes und 7,5 Meter breites zweistöckiges Gebäude für die Oberbeamten, Unterbeamten und Handwerker (24 Betten); daran anschließend eine Werkstätte für die Zimmerleute und eine Schmiede; ein massives Transformatorhaus; ein provisorisches Stationsgebäude; ein Dynamitmagazin und ein Pulver- (Richtort-) Magazin.

Die Arbeiterbaracken enthalten große, geheizte Räume. Jedermann hat seine besondere Schlafstelle, ein solid gearbeitetes, einfaches Bettgestell, Strohsack und Kissen und sechs Wolldecken. Jeder der beiden nachts elektrisch beleuchteten Arbeiterbaracken hat ihre eigene Küche und einen besonderen Koch, der von dem Unternehmen bezahlt wird.

Das Beamtenwohnhaus enthält im Erdgeschoß einen Speisesaal für die Unterbeamten, ein Magazin mit Vorräten an Werkzeugen, Maschinenteilen, kleinen elektrischen Motoren usw. An diesen Raum schließt sich eine Räucherstube und eine große, geräumige Küche und dann die Wärderei an. Sie enthält einen Backofen, in dem zu gleicher Zeit 90 Brote gebacken werden können. Im Winter wird einmal, im Sommer, wenn neben den meist italienischen Tunnelarbeitern auch Arbeiter aus offener Linie, Maurer und Zimmerleute, zu beschäftigen sind, dreimal täglich gebacken. Den letzten Raum im Erdgeschoß nimmt die Reparaturwerkstätte ein, in der eine Anzahl elektrisch betriebener, sehr interessanter Maschinen arbeiten. Im oberen Stockwerk befinden sich die Bureaus für den Obergeringieur, den Elektroingenieur, den Bauinspektor, ein Krankenzimmer, die Schlafkammer für Beamten und Handwerker, sowie ein Raum, der für die Oberbeamten reserviert und zugleich Empfangszimmer ist. Sämtliche Zimmer sind elektrisch beleuchtet, manche davon werden auch mit regulierbaren Defen elektrisch beheizt.

Im Winter ist der Verkehr mit dem Tale der furchtbaren Stürme und des tiefen Schnees wegen manchmal tage-, ja wochenlang unterbrochen. In solchen Zeiten gibt es natürlich keine Postsendungen. Wohl ist eine Telephonverbindung mit dem Gletscher vorhanden. Diese führt vom Gletscher bis zum Turbinenhaus in Lauterbrunnen, hat jedoch keinen Anschluß an das Staatstelephon, da an den gleichen Stangen die Starkstromleitung hängt. Manchmal ist auch die telephonische Verbindung aus irgendeinem Grunde unterbrochen, so daß bis zu ihrer Wiederherstellung jeder Verkehr ruht.

Schon vor Beginn des Winters werden alle Vorräte, die von Oktober bis Mitte Mai gebraucht werden, eingeliefert. Ein Winteraufenthalt im Hochgebirge bei einer Mannschaft von rund 80 Köpfen erfordert, abgesehen von warmen Kleidern, folgende Vor-

räte: 10 000 Kilogramm halbweisses Mehl, 1500 Kilogramm Semmelmehl, 800 Kilogramm Teigwaren (Makkaroni, Nudeln usw.), 300 Kilogramm Rohbutter, 225 Kilogramm Tafelbutter, 20 Kilogramm reines Schweinefett, 3000 Kilogramm frisches Fleisch, das in einer Gletscherpalte aufbewahrt wurde, 650 Büchsen Konservenfleisch, 200 Kilogramm Salami, 400 Kilogramm Speck, 4 lebende Schweine, 630 Büchsen Fischkonserven (Sardinen usw.), 3000 Stück Eier, 650 Büchsen Gemüsekonserven, 20 Kilogramm gedörrter Apfelschnitt, 50 Krautköpfe, 250 Kilogramm Zwiebeln, 2000 Kilogramm Kartoffeln, 1000 Kilogramm Reis, Mais und Grütze, 40 Kilogramm Suppenzusätze (Sago usw.) und Würze, 100 Kilogramm frische Kefel, 50 Kilogramm Bohnen und Erbsen, 30 Kilogramm getrocknete Bohnen, 320 Kilogramm Kakao und Schokolade, 400 Kilogramm Kaffee, 50 Kilogramm Kaffeesurrogat, 5 Kilogramm Tee, 1500 Kilogramm weißen Zucker, 80 Kilogramm Kandiszucker, 9000 Büchsen kondensierte Milch, 1500 Kilogramm Käse, 600 Kilogramm Salz, 40 Kilogramm andre Gewürze, 20 Töpfe Senf, 150 Liter Essig, 2 Kisten Viktualien, 15 500 Liter Rotwein (also nicht ganz 1 Liter pro Mann und Tag bei einer Mannschaft von 80 Köpfen und einer Verproviantierungsdauer von 7 1/2 Monaten), 100 Flaschen Limonade, 100 Flaschen Gishibler, 150 Liter Olivenöl, 1000 Liter Lampenöl, 1000 Liter Dynamomaschinenöl, 300 Liter Petroleum, 200 Liter Benzin, 200 Stearinkerzen, 400 Kilogramm Puffäden, 20 Schachteln Schuhwachs, 200 Kilogramm Wachsseife, 100 Stück Toilettenseife, 30 Kilogramm Soda, 1000 Schachteln Streichhölzer, 900 Pakete Tabak, 50 000 Stück Zigarren, 10 000 Kilogramm buchedes Brennholz, 20 000 Kilogramm Anthracitkohlen, 30 000 Kilogramm Bad- und Schmiedekohlen usw.

Alle diese Vorräte entsprechen einem Gesamtgewicht von 120 Tonnen. Sie würden also auf einer Normalbahn 12 Doppelwaggons füllen, bilden aber auf der Bergbahnbahn, deren Güterwaggons nur 6 Tonnen fassen, einen Materialzug von 20 Waggons.

Die Kartoffeln sind bisher in jedem Winter erfroren und bekamen einen unangenehmen süßlichen Geschmack. Sauerkraut, das man oben einzumachen versuchte, wurde in zwei Wintern nicht fauer, aus welchem Grunde, ob unter dem Einfluß der klimatischen Verhältnisse, diese Frage läßt der Inspektor Dr. Brubel in seinen Skizzen vom Bau der Jungfraubahn offen. Sehr gut munden die Gemüsekonserven: grüne Bohnen, grüne Erbsen, eingemachte Früchte usw. Mit Vorliebe, schon der Abwehrlung wegen, werden Mehlspeisen und Teigwaren, wie Omeletten, Makkaroni, Nudeln, Mehlköpfe, gegessen.